

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpiennig, monatlich 2, — Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen, Österreich, Estland, Litauen, Lettland, 4,50 Goldmark, für das übrige Ausland 5,50 Goldmark, pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Stellung und Kleinigkeiten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Anzeigenzeile 0,70 Goldmark, Restanzeigen 1, — Goldmark. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 0,20 Goldmark (außer zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellungnahme des ersten Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 0,30 Goldmark, Seite 0,20 Goldmark — ein Blatt gestellt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Eichenstraße 8, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 8 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-298 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 4. September 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Bankkontos: Berlin 375 36 — Bankkontos: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Bürgerkrieg in China.

Intervention der Mächte.

Seit einigen Wochen kamen täglich alarmierende Nachrichten über die Lage bei Schanghai, wo sich zwei feindliche chinesische Generale mit ihren Truppen gegenüberstehen. Von seiten der europäischen Mächte und der Vereinigten Staaten wurden diplomatische Schritte zur Verhinderung eines offenen Zusammenstoßes unternommen. Diese Schritte sind jedoch erfolglos geblieben. Wie aus Schanghai gemeldet wird, sind die Streitkräfte der rivalisierenden Militärgouverneure bereits aufeinandergestoßen. Es werden sehr schwere Kämpfe erwartet, und man fürchtet, daß ganz China dadurch in Bewegung kommt. England, Amerika, Frankreich und Japan haben insgesamt sechs Kreuzer, vier Kanonenboote und neun Zerstörer vor Schanghai versammelt. Ueber die Maßnahmen der Mächte wird uns aus Paris gemeldet:

Paris, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Kämpfe um Schanghai haben bereits zur Landung von Streitkräften durch die vor Schanghai liegende internationale Kriegsflotte geführt. Mit der Begründung, Vorkehrungen zum Schutze der europäischen Kolonie in Schanghai zu treffen, ist Marineinfanterie an Bord gesetzt worden, die sich sofort durch die Organisation eines Freiwilligenkorps von 1500 Mann verstärkt hat.

Sehr merkwürdig erscheint die Rolle, die Rußland bei den jetzt ausgebrochenen Kämpfen in China spielt. Wir erhalten hierzu folgende Meldung:

Moskau, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Die offizielle „Iswestija“ beschäftigt sich kräftig mit der amerikanischen Note an China wegen des Bürgerkrieges, der in den Südprowingen des Landes ausgebrochen ist. Sie sagt, daß die amerikanischen Kapitalisten lediglich nach einer Gelegenheit der Einmischung suchen. Sie warnen Amerika, mit dem Feuer zu spielen; denn das chinesische Volk sei mit sehr großem Haß gegen die Agenten der kapitalistischen Länder erfüllt. Amerika habe die Beschlüsse der

Washingtoner Abrüstungskonferenz verdreht und versuche nun, eine Einheitsfront der Großmächte gegen das chinesische Volk zu organisieren. Die amerikanische Regierung bereite eine Provokation vor, um die Möglichkeit einer ähnlichen Lage zu schaffen, wie im Jahre 1901 anlässlich des Boxeraufstandes. Amerika wolle lediglich verhindern, daß China eine eigene nationale Politik treibe, um so mehr als seit dem russisch-chinesischen Abkommen in China der Wunsch lebendig geworden sei, das ausländische Kapital an der künftigen Ausbeutung Chinas zu hindern.

Die Ausführungen des offiziellen russischen Organs zeigen den deutschen Wunsch der Moskauer Regierung, sich die Wirren in China zunutze zu machen, um eine gemeinsame Front gegen die Vereinigten Staaten herzustellen. Dieser Gegensatz Rußlands zu Amerika ist keineswegs neueren Datums. Er datiert schon aus der Zeit, wo die Vereinigten Staaten sich den Weltkrieg zunutze machten, um ihre wirtschaftliche und politische Stellung in China zu verstärken. Die Sowjetregierung, die auch in dieser Beziehung die Richtlinien der alten zaristischen Politik aufnahm, versucht schon seit längerer Zeit den Einfluß Amerikas in China zurückzudrängen. Das brüste Auftreten der Vereinigten Staaten anlässlich der russisch-chinesischen Verhandlungen gab der Sowjetregierung die Möglichkeit, ihre anti-amerikanische Politik in noch schärferer Form fortzusetzen. Sie stützt sich hierbei auch auf die Sympathien Chinas, das dem Eindringen des amerikanischen Kapitals keineswegs wohlwollend gegenübersteht.

Ob und in welchem Maße bei den Vorgängen in Schanghai russische Einflüsse mit im Spiele sind, läßt sich vorläufig noch nicht klar erkennen. Man wird aber jedenfalls gut tun, die hier skizzierten Zusammenhänge im Auge zu behalten.

Die Genfer Tagung.

Minoritätenfrage und Schiedsgerichtsbarkeit.

Genf, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Herriot und MacDonald sind in Genf. Vor ihren Hotels stauen sich die Autos der Konferenzbesucher aller Länder und eine riesige Menschenmenge wartet vom frühen Morgen an, um sie zu begrüßen. Im Saal der Reformation beginnt mittlerweile um 12 Uhr die Sitzung. Die beiden Premierminister sind noch nicht da, die Journalisten warten umsonst. Da plötzlich kommt, ganz unbeachtet, MacDonald in den Saal und setzt sich neben Lord Parmoor auf seinen Platz. Gleich darauf fährt das Auto Herriots draußen vor. Unter stürmischem Händeklatschen und immer wiederholten Rufen wie: „Es lebe der Friede“ steigt Herriot aus dem Wagen und begibt sich in den Sitzungssaal. Die Versammlung erhebt sich und bereitet ihm eine stürmische Ovation. Minutenlang dauert der Beifall, während sich die beiden Männer die Hände schütteln, von deren Entscheidung das Schicksal der Konferenz abhängt.

In der Generaldebatte wurde dann der Bericht über die Minoritätenfrage von Professor Murray-England gegeben. Er behauptet, daß bei der Regelung dieses schwierigen Problems der Schiedsgerichtsgedanke sich bewährt habe und verweist dabei auf das bulgarisch-griechische Beispiel. Ferner erklärt Murray, daß z. B. bei der Frage der deutschen Kolonisten in Polen in Zukunft eine direkte Beschwerdeführung an den Völkerbund kommen müsse, um eine Verzögerung durch besondere Kommissionen zu vermeiden.

Fritthjof Nansen, der norwegische Delegierte, forderte die völlige Durchführung der obligatorischen internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Bis jetzt sei es den Staaten freigestellt, die obligatorische Schlichtung juristischer Streitigkeiten anzunehmen. Nur 19 Staaten, unter denen die Großmächte fehlten, hätten bisher die Bestimmung des Völkerbundsprotokolls unterzeichnet, die den Zwang zur schiedsrichterlichen Regelung von Differenzen auspricht.

Genf, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Die beiden Vollversammlungen des Völkerbunds am Mittwoch hatten nur allgemeinen vorbereitenden Charakter. Die große Diskussion des Völkerbunds beginnt in der Donnerstagsitzung, die vollkommen der Frage der Rüstungsbeschränkungen gewidmet ist. MacDonald hatte am Mittwochabend noch eine längere private Unterredung mit Herriot, um eine gemeinsame Formel für die Diskussion der Abrüstungsfrage zu finden.

Die Einladung von Breitscheid und Hoehsch.

Die Telegraphen-Union hatte gestern berichtet, daß die Abgeordneten Breitscheid und Hoehsch vom französischen Universitätsverband zu einer Veranstaltung nach Genf eingeladen worden seien. In dieser Form ist die Meldung falsch. Die Einladung geht von der Internationalen Studentenföderation für den Völkerbund aus, es handelt sich also nicht um eine französische, sondern um eine internationale Veranstaltung. Der Abg. Hoehsch hatte die Einladung zuerst angenommen, später aber wieder abgelehnt, offenbar wegen der allgemeinen Haltung der Deutschnationalen

zum Völkerbund. Gen. Breitscheid wird an der Veranstaltung, die am Sonntag stattfindet, als Redner teilnehmen.

Herriots Absichten.

Genf, 3. September. (W.B.) Der französische Ministerpräsident Herriot empfing heute in seinem Hotel mehrere hundert Journalisten, denen er zunächst erklärte, daß die französische Delegation in zwei Sitzungen die vorliegenden Texte über die Abrüstungs- und Sicherheitsfrage und die allgemeine Lage geprüft habe, und daß morgen noch weitere Unterhaltungen und Unterredungen stattfinden würden. Es läme aber nicht nur auf die Texte an, sondern auch auf die Persönlichkeiten. Was den amerikanischen Vorschlag über ein Sicherheitsabkommen betreffe, so habe er ihn geprüft und mit den amerikanischen Delegierten besprochen, und er hoffe, die Verhandlungen mit ihnen fortzusetzen. Nähere Angaben könne er nicht machen, denn Frankreich, das den Frieden und die Verkündung wolle, habe alles Interesse daran, vorsichtig vorzugehen. Ueber seine Rede am kommenden Freitag in der Völkerbundsversammlung möchte Herriot folgende Angaben:

Ich werde die allgemeinen Gedanken der französischen Delegation vortragen, und die Delegation, die nach meiner Abreise hier bleibt, und deren Bedeutung und Zusammensetzung Sie kennen, wird die Fragen dann weiter bearbeiten. Unsere Reden können nur allgemeine Erregungen geben, und wir werden niemals die Annäherung haben, anzunehmen, daß wir durch Reden die Probleme lösen können. Frankreichs Wunsch ist es, mit gutem Willen und im Geiste der Versöhnung das in London begonnene Werk fortzusetzen. Das ist eine Aufgabe, die viel Arbeit, viel Überlegung und im Interesse des Friedens viel Sammlung und Ruhe erfordert.

Auf die Frage deutscher Pressevertreter, ob Herriot Deutschlands Eintritt im Interesse Europas für wünschenswert halte, erklärte der Ministerpräsident, diese Frage sei verfrüht, und er wünsche vorsichtig zu sein. Eine solche Frage könne man erst am Ende der Konferenz beantworten, auch seien in Deutschland Kundgebungen erfolgt, die ihm kein Vergnügen bereiteten.

Ministerpräsident Herriot teilte im Verlauf seiner Ausführungen ferner mit, daß er schon früher in nichtamtlicher Eigenschaft die Arbeiten der Völkerbundsversammlung verfolgt habe, und daß er am Sonnabend Genf verlassen werde, um sich zur Jahresfeier der Marne Schlacht zu begeben.

Der Zollkampf in Oesterreich.

Der Zolltarif in der Spezialberatung angenommen.

Wien, 3. September. (W.B.) Der Nationalrat erledigte heute in der Spezialdebatte die erste Gruppe des neuen Tarifs, die die Getreidezölle, Vieh- und Fettzölle umfaßt. Sie wurde unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge, welche die Zollfreiheit bzw. die Herabsetzung der Zölle für Nahrungsmittel verlangten, gemäß der Ausschusssanträge angenommen.

Jena.

Die Fehler der Führung.

Die deutschnationale Führerschaft, die, wie jede Heeresleitung nach einer selbstverschuldeten Katastrophe, den Kopf völlig verloren zu haben scheint, hat bisher noch nicht einmal das getan, was in solcher Lage selbstverständlich ist, wenn man wenigstens noch Reste sammeln und wieder ordnen will. Sie ist noch nicht auf die Idee verfallen, der Öffentlichkeit und damit den breiteren Schichten ihrer bisherigen Anhänger einen klaren Bericht über die bisher vertraulichen Vorgänge in der Partei zu geben und damit das Unbegreifliche doch einigermaßen verständlich zu machen. Aufklärung könnte vielleicht, wenigstens bei den Treuesten der Treuen, eine gewisse Beruhigung schaffen. Solange aber das Rätselraten über die Genesis des überraschenden Vorgangs vom 29. August fort dauert, kann die Spannung und Erregung kein Ende nehmen.

Volle Aufklärung wäre jedoch nicht nur für die bisherigen Anhänger der Deutschnationalen interessant, sondern auch für alle diejenigen, die aus den Fehlern der anderen, wie aus den eigenen, lernen wollen.

Auch die großen Abstimmungs-schlachten der Parlamente, die wichtiger sind als manche blutige Schlacht der Vergangenheit, haben ihre eigene Strategie und Taktik, so daß es sich wohl lohnte, ihre Kriegsgeschichte zu schreiben.

Die Deutschnationale Partei war in der Zeit vom 4. Mai bis zum 29. August in das kritische Stadium getreten, in dem sie sich aus einer Partei der reinen Agitation zu einer Partei der Machtergreifung und Machtübung transformieren sollte. Ein solcher Uebergang ist schwer und führt unweigerlich zur Krise, wenn er nicht gehörig vorbereitet wird.

Diese Vorbereitung kann gar nicht früh genug begonnen werden. Nur kleine Parteien, die von der Machtergreifung weit entfernt sind, können sich den Luxus einer hemmungslosen Agitation gestatten. Geben sich ihr aber große Parteien hin, die jeden Augenblick gezwungen sein können, an der Verantwortung teilzunehmen, dann wird für sie der Tag kommen, an dem sie das Gegenteil tun müssen von dem, was sie am Tage vorher gepredigt haben. Dann mögen sie sehen, wie sie die Anhänger halten können!

Die Deutschnationalen aber glaubten, sie könnten reden wie die Völkischen und stimmen wie die Deutsche Volkspartei.

In der deutschnationalen Fraktion gab es Mitglieder, die für die Annahme des Londoner Vertrags waren. Die Parteileitung glaubte, Einigkeit und Disziplin reiten zu können, indem sie jedes Zutagetreten von Meinungsverschiedenheiten verhinderte. Das wäre richtig gewesen, wenn Wunsch und Möglichkeit vorhanden gewesen wären, die Fraktion auch bei der Abstimmung geschlossen zu führen. Da diese fehlten, erwies es sich als verhängnisvoll falsch. Wären die Jäger vor vier Wochen mit ihrer Meinung offen hervorgetreten, so wäre die Anhängerschaft auf die Abstimmung vorbereitet gewesen und auch die Reinsager hätten ihre Stimme gedämpft und z. B. nicht mehr behauptet, daß jeder, der dem Vertrag zustimme, ein Schutz sei, der vor den Staatsgerichtshof gehöre.

Der schlimmste Fehler aber war, daß die Jäger — aus noch unbekanntem Gründen — nicht einmal in der Abstimmung selbst offen zu ihrer Meinung standen. Sie lehnten alle Gesetze ab, bei denen ihre Zustimmung entscheidend war. So etwas kann nur passieren, wo jede Direktrive verloren gegangen ist. Die Annahme aller Gesetze durch die eine Hälfte der Fraktion konnte als Ausdruck einer ehrlichen Ueberzeugung hingenommen werden. Das Spiel aber, das in Wirklichkeit mit den roten und den weißen Karten gespielt wurde, war etwas, was in der Geschichte der Parlamente noch nicht erlebt worden ist. Als Mandat war es zu ungeschickt. Es war ein Zeichen dafür, daß die völlige Berwirrung die Oberhand gewonnen hatte, daß die Auflösung da war.

Geradezu unbegreiflich ist auch die Art, wie die Abstimmung über den Vertrag mit den Regierungswünschen der Partei in Verbindung gebracht wurde. Hier haben die deutschnationalen Führer von vornherein das Pferd beim Schwanz aufgezaumt. Bei früheren Koalitionsverhandlungen wurde stets zunächst nur darüber beraten, ob die verhandelnden Parteien eine Mehrheit bilden und sich auf ein gemeinsames Regierungsprogramm einigen könnten. Alle Parteien hüteten sich sorgfältig, die Frage der Aemterverteilung vorzeitig anzuschneiden, denn keine wollte sich dem Verdacht aussetzen, es ginge ihr nur um die Portefeuilles, nicht um die Sache. Erst wenn man über alles andere vollkommen einig war, ging man an die Personalfragen heran, wobei jeder verhandelnde Teil sich bemühte, den anderen an Takt und Zurückhaltung zu übertreffen.

Hätten die deutschnationalen Führer die Fähigkeit, zu beobachten und zu lernen, so hätten sie niemals den größten Fehler begangen, die Frage ihrer persönlichen Beteiligung an der Regierung in den Vordergrund zu schieben. Sie haben aber von vornherein, ohne zu unteruchen, ob eine Rechtsmehrheit mit entsprechendem Regierungsprogramm vorhanden

(ei, öffentlich erklärt, daß sie Ministerposten haben müßten. Sie haben nachher mit der Volkspartei darüber verhandelt, unter welchen Bedingungen sie die Dawes-Gesetze passieren lassen würden und dabei wieder als Bedingung ihren Eintritt in die Regierung genannt. Wie wollen sie sich da noch vor dem Vorwurf schützen, sie trieben Lernetzkauf und benützten ihre Ueberzeugungen als Zahlungsmittel?

Das Verhalten der Führung war also von Anfang bis zum Ende eine einzige Fehlerkette. Die deutschnationale Parteiführung hat von vornherein jede Partei kompromittiert, die sich mit ihr einläßt, sie hat von vornherein jede Regierung diskreditiert, der sie angehört. Und doch hat sie sich in die Lage gebracht, jetzt um jeden Preis einen Anteil an der Regierung erstreben zu müssen, sonst wäre ja das Opfer vom 29. August obendrein noch ganz umsonst gebracht, die Partei zugrunde gerichtet für nichts!

Jetzt gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder die Deutschnationalen erreichen das Regierungsziel nicht, und dann sind sie noch fertiger als schon jetzt, oder aber sie bringen eine Bürgerblutregierung zustande, die alsbald im Volke eine ähnliche Wertung erfahren wird, wie die „Regierung der Freiheit und Ordnung“ des Herrn Kapp oder das Generalstaatskommissariat des Herrn v. Kahr.

Wer lernen will, wie man eine Partei rettungslos in den Sumpf manövriert, der wird die Geschichte der Deutschnationalen Partei studieren müssen.

Ablenkungsmanöver.

Wie Herr Ackermann seiner Entrüstung Luft macht.

Die „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht spaltenlang Rundgebungen von deutschnationalen Landesverbänden gegen die Sasager, was dem Chefredakteur, Herrn Paul Baeder, sicher sehr angenehm sein muß. Gehört er doch selber zu den Sasagern! Aber glücklicherweise hat er als Witzschredakteur Herrn Wilhelm Ackermann, and der ist begeisterter und grundsätzlicher Anhänger der Reinsager. Wollten wir mit dem Prinzen Friedrich Wilhelm zur Lippe reden, so würden wir sagen, die „Deutsche Tageszeitung“ sei das getreue Spiegelbild der deutschnationalen Reichstagsfraktion und damit das geistige Spiegelbild des deutschen Volkes. Herr Baeder schreibt so und Herr Ackermann schreibt Rein, und so ist Gott sei Dank auch in der „Deutschen Tageszeitung“ alles hübsch 50prozentig.

Aber die Herrschaften meinen nun gleich, die ganze Welt müsse fünfzigprozentig sein, und so können sie gar nicht mehr verstehen, daß es auch Leute gibt, die ganz zu einer Sache stehen. Wenn sie das an anderen beobachten, so geht das nicht in ihr Begriffsvermögen hinein, und sie geraten zu den seltsamsten Urteilen. Da hat es Herr Ackermann mit dem Ausruf unseres Parteivorstandes, im besonderen mit den Absätzen über die Bedeutung des Dawes-Plans. Dazu sagt er:

„Wer diese Hymne liest und sich vor Augen hält, daß diese selbe Sozialdemokratie trotz ihrer vermeintlich besseren Ueberzeugung bereit gewesen ist, gegen das Gutachten zu stimmen, falls seine Annahme mit Hilfe der Deutschnationalen ihr vorher bekannt gewesen wäre, nur zu dem einen Zweck, die Reichstagsauflösung zu erzwingen, der erkennt den Gipfel von Heuchelei und den Abgrund von innerer Verlogenheit, der auf jener Seite vorhanden ist. Die Sozialdemokratie hätte die angeblich in erfreulichen Ausschüßen, die dem deutschen Volke die Annahme des Dawes-Aufochters gewährt, und von denen sie in ihrem Ausruf mit solch feuriger Zunge redet, kaltschnäuzig ignoriert, wenn sie dafür ihre parteipolitische Chance bei der Reichstagsauflösung hätte wahrnehmen können.“

Das ist natürlich ein kleiner Irrtum eines fünfzigprozentigen Verstandes. Die Sozialdemokratie ist doch nicht die fünfzigprozentige Partei! Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die sich vom ersten Tage an für die Annahme eingestellt hat, hat noch am Mittag des Abstimmungstages in ihrer Sitzung einmütig ihren unveränderten Willen bestätigt,

im Interesse Deutschlands die Gesetze anzunehmen — trotzdem die Kuhhandelereien und der Umsallwille der Deutschnationalen bekannt waren. Für sie handelte es sich um eine wichtige Etappe der Außenpolitik, die sie seit fünf Jahren vertrat, nicht um ein innerpolitisches Geschäft.

Aber wer im Schmutz sitzt, glaubt moralisch zu gewinnen, wenn er Kameraden im Schmutz findet. So Herr Ackermann, der brennend wünscht, wir wären auch fünfzigprozentig, und von unseren Erklärungen wäre immer nur die runde Hälfte wahr. Wir haben aber die für die Deutschnationalen unangenehme Eigenschaft, daß wir eine Sache um ihrer selbst willen, und nicht um unserer selbst willen tun, und ganz, nicht fünfzigprozentig! Wir betreiben keine Schachergeschäfte, handeln auch nicht mit Ueberzeugungen, und verstehen uns nicht darauf, Gesinnung wie alte Unterhosen pro Dugend gegen Kasse abzugeben.

Im übrigen: Gipfel der Heuchelei — Abgrund von innerer Verlogenheit — wir sind doch nicht der Saft für den Esel Baeder. Wenn Herr Ackermann sich moralisch entrüstet, soll er die Rage eine Rage nennen, seinem Kollegen die Wahrheit sagen und nicht abgeschmackten Schwindel gegen uns in die Welt setzen.

Die reinen Hände.

Wie sie moralisch Selbstmord begehen.

Unter den Sasagern aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion ist Herr Hans Arthur von Kemnitz, der sich als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei wählen ließ, unmittelbar nach der Wahl aber zu den Deutschnationalen übertrat. Er bewies in dieser Situation eine moralische Robustheit, um die ihn niemand beneidet. Verständlich, daß ein Herr, der so nach einem Mandat gierte, daß er es erschlief, auch Ueberzeugung preisgibt, um das Mandat vor drohender Auflösung zu retten. Aber dabei hat Herr von Kemnitz keine Robustheit von damals noch übertrifft. Am Donnerstag, den 28. August, erschien in der „Frankfurter Obergerzeitung“ ein Artikel von ihm unter der Ueberschrift: „Warum die Deutschnationalen ablehnen“. Der Artikel schließt:

„Wieder einmal soll das deutsche Volk in eine hoffnungslose Erfüllungspolitik hineingerrieben werden, wieder soll es mit Versprechungen, die man nicht hält, getäuscht und betrogen werden. Mit Gaunern verhandelt man nur zug um zug, haben wir noch nicht genug von Wilson und seinen 14 Punkten? Sollen wir uns um einer vorübergehenden Erleichterung unserer wirtschaftlichen Lage wegen auf Jahrzehnte hinaus zu Sklaven des internationalen Kapitals machen? Und sollen wir dafür nicht einmal die militärisch-politische Befreiung von Ruhr und Rhein eintauschen? Das ist Erfüllungspolitik im schlimmsten, verderblichsten Sinne, das ist nichts anderes als Scheidemann, Erzberger, Birth und Rathenau in neuer Aufspiel! Ich habe Verfaßtes mit allen meinen schwachen Kräften bekämpft, ich habe das Londoner Ultimatum nicht unterschrieben, ich werde auch den neuen Pakt von London verwerfen. Ich will meine Hände behalten, ich will nicht mit schuldig werden an dem Zusammenbruch unseres Vaterlandes.“

So schrieb Herr von Kemnitz am 28. August. Am anderen Tage stimmte er für den Pakt von London. Ob er sich die Hände gewaschen hat nach der Abstimmung?

Aus der deutschnationalen Perspektive.

Kriegsschuldfrage und Deutschlands Zukunft.

Die „Kreuzzeitung“ hatte in einem Artikel, der sich mit der Kriegsschuldfrage beschäftigte, erklärt:

„Bleibt Deutschland (in der Kriegsschuldfrage. Ann. d. Red.) weiter so — milde gesagt — schlaftrübe, so steht es geradezu verzeuvelt mit uns.“

Wir hatten dieses Bekenntnis einer weiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht und zu erklären versucht, welche inneren Erschütterungen das Blatt zu einem derartigen Eingeständnis veranlaßt haben konnte. Die „Kreuzzeitung“ erläutert nunmehr — unter der

Abfassen unsauberer Anwürfen — ihre Erklärung dahin, daß sie die düstere Prophezeiung nicht auf sich und die Deutschnationale Partei, sondern auf das deutsche Volk beziehe.

Das sind allerdings Perspektiven, die wir selbst einem deutschnationalen Blatt nicht zugerechnet hätten. Die Deutschnationale ist darüber einer Meinung, daß der Augenblick für die Aufklärung der Kriegsschuldfrage der denkbar schlechteste ist. So warnt das amtliche Organ des Jentrams, die „Germania“, dringend vor einer weiteren Aktion in dieser Frage und deutet an, daß zwischen dem etwas vorzeitigen Schritt der Reichsregierung und der Erklärung des „Echo du Rhin“, die sich auf die Räumung der zu besetzenden Gebiete bezieht, engere Zusammenhänge bestehen könnten, und sogar der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Hoehsch vermeidet es in seiner sehr durchdachten Betrachtung über die Annahme der Dawes-Gesetze (früherigen in derselben Nummer der „Kreuzzeitung“) sorgfältig, auf die Aktion in der Kriegsschuldfrage näher einzugehen. Die „Kreuzzeitung“ aber schreibt, wenn Deutschland seine „Immer-fests-Druff“-Politik betreibt, steht es geradezu verzeuvelt mit uns! Wir müssen schon dabei bleiben; verzeuvelt sieht es nach den Proben der letzten Tage lediglich bei der „Kreuzzeitung“ und ihrem deutschnationalen Anhang aus.

Soldatenspiel und Phrasenrausch.

Wie die kommunistische Jugend vergiftet wird.

Das Organ der kommunistischen Jugend Deutschlands, „Die junge Garde“, gibt der staunenden Mitwelt Kunde von folgendem erschütternden Ereignis:

Das CK der K. D. Internationale hat in diesen Wochen einen Beschluß von größter Tragweite gefaßt. Es beschloß, das Cheftum, die Schutzherrschast über die 14. Kavallerie-Division, die herrliche und berühmte Budjonn-Division, im Namen der K. D. zu übernehmen. Es beschloß weiter, die besondere Schutzherrschast über das erste der neun Regimenter der Division (das 79. Kavallerie-Regiment) dem deutschen Verbände zu übertragen.

Angesichts dieser für den weiteren Verlauf der Weltgeschichte ungeheuer wichtigen Beschlußes der Moskauer Exekutive konnte der Reichsausschuß der deutschen kommunistischen Jugend natürlich nicht mit seiner Begeisterung zurückhalten. Er übermittelte der Budjonn-Division folgende pompöse Rundgebung:

„Mit Stolz und Begeisterung hat der Reichsausschuß der K. D. vor den Vertretern der Exekutive die Kunde vernommen, daß das CK der K. D. den Beschluß gefaßt hat, der kommunistischen Jugend Deutschlands das Cheftum über das erste Regiment der ruhmreichen Budjonn-Division zu übertragen. Die Budjonn-Division ist der beste und wertvollste Teil der siegreichen Roten Armee der Sowjetrepublik; die Budjonn-Division ist der Stolz des revolutionären Proletariats der ganzen Welt. Jedes Mitglied der K. D. empfindet es als die größte Ehre, von nun ab auch ein „Budjonnweg“ zu sein. Der Reichsausschuß ruft alle Mitglieder auf, sich des Namens „Budjonnweg“ vor allem dadurch würdig zu erweisen, daß sie mit verzehnfachter Kraft und Energie an die Erfüllung ihrer Aufgaben herangehen, um gemeinsam mit der Partei das Ziel zu ertreiben, das wir uns gestellt haben: Die Sowjetrepublik Deutschland als ein neues Glied der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.“

„Es lebe die glorreiche rote Budjonn-Kavallerie!
Es lebe die „Smutschla“ (auf deutsch: Zusammenschluß. Red. des „Barna.“) zwischen dem Regiment I der Budjonn-Division und den neuen „Budjonnweg“ der K. D.!

Es lebe die Weltrevolution.
Halte, 11. August 1924.

Reichsausschuß der K. D.
Wer wird nun zu zweifeln wagen, daß die „Weltrevolution“ einen gewaltigen Schritt vorwärts gemacht hat, nachdem die zu „Budjonnweg“ gestempelten Angehörigen der kommunistischen Jugend Deutschlands die „Smutschla“ mit der Budjonn-Division begonnen haben.

Anton Bruckner.

(1824—1924.)

Von Kurt Singer.

Heute vor 100 Jahren ist Anton Bruckner in Ansfelden bei Linz geboren. Die österreichische Landschaft, der er entstammte, Berg und Waldluft, Freiheit und Licht, Duft und Kraft der Natur symbolisieren auch sein eigenes Werk. Seine Vorfahren waren Handwerker, Sandwirte, sein Vater Volksschullehrer. Auch Anton Bruckner wurde Lehrer, und in allem, was er schuf, blieb er, fern aller geistig intellektuellen Reglemente, fern aller Scheinqualifikation und Bildung der Urheber neuer, bodenständiger, originaler Musik. Einer von den Urkünstlern kam mit ihm wieder zu Wort, eines der Kunstphänomene, die nicht mehr (oder noch nicht) eingereicht werden können in die Reihe der Vorläufer, weil eben Neues, ganz Neues an Gehalt, Gestalt, Gewalt in seinem Werk ausstrahlt. Man mag an die größte Musikkapazität Bach denken, oder an den Erfüller der klassischen Sinfonie Beethoven. So reich Verbindungen herzustellen sind, so reich sind die Kontraste, und die Wagnergemeinde, die einen Gegenpapst zu Brahms in Bruckner gefunden zu haben glaubte, durfte langsam einsehen, daß die Gegenläufe zu Wagner, dem fruchtbarsten Meister der letzten 50 Jahre, stärker waren als die Berührungspunkte. 9 Sinfonien, 3 Messen — das ist das Riesenwerk Bruckners, geschaffen vom 42. bis 74. Lebensjahr. Kein Frühreifer, aber keine 2. Sinfonie ist bereits der ganze Bruckner. Ein Hymniker an der Orgel, ein Meister der Improvisation: aber kein Orgelwerk von ihm existiert, nur kein reich registriertes Orchester hat alle Farbe, Sprache, Gefühlstöne der herrin aller Instrumente. Immer geht er zur Schule, in die Lehre, zu Theoretikern, zum Vater, zum Schwager Weiß, zum Klosterstift St. Florian (als Chorist), zu Rottlinger, Schöffler, Seneth, Sechter. Er wandert schweren Weg um das Wissen, das er sich hart zur Vollendung reifen läßt. Immer neue Strapazen des mit sich selber Unzufriedenen, immer neue Zeugnisse und Prüfungen. Erst in Linz (1856) wird er innerlich frei und reif für sein eigentliches Werk. Das Genie in dem Hülfsschullehrer und Organisten ohnt als erster der Bischof Rudigert. „Wenn Sie Orgel spielen, kann ich nicht hören.“ 1861 läßt Bruckner sich noch einmal prüfen. Herbed, der große Gönner, sagte mit Recht: „er hätte uns prüfen sollen.“ Und doch wird Bruckner noch einmal Schüler, bei Rippler in Linz, in moderner Instrumentation und Formenlehre. Richard Wagner kreuzt seinen musikalischen Weg. Mit 40 Jahren ist kein Studium erst abgeschlossen, Bruckner innerlich er selbst geworden. 1861 nimmt ihn Wien, die undankbare Stadt Beethovens, Mozarts, Schuberts, in ihren Mauern auf. Hier reißt kein Werk. Hier lernt auch er Claque, Partei, Politik kennen, er, der Unerfahrene. Gute, Fremde. Aber seinen Glauben bewahrt er sich treu, mildwei die Liebe, die 9. Sinfonie dem lieben Gott und stirbt.

Das Werk Bruckners kennen, heißt es lieben. Da es uns hier

verfolgt ist, im einzelnen zu deuten und zu erklären, was am Sinfonischen Schaffen Bruckners das Starke, Neue, Offenbarungsträchtige ist, so sei nur in Kürze gesagt, warum wir Bruckner lieben.

Mit Anton Bruckner ist Güte, Wärme, Lieblichkeit, ist vorbehaltloses Singen und Aufstehen, ist Tiefe und Reinheit der Gesinnung durch die Musik wieder unter die Menschen gekommen. Andere große Musiker haben ihr Werk geschaffen und dabei noch als Bürger oder Weltmenschen, revolutionär oder gläubig ihr Leben gelebt. Bruckner hatte nur ein einziges Dasein: Musik. Er hatte nur eine einzige Geheimprobe seines Leidens, Sorgens und Seins: Musik. Kerwen, Grottl, glühendes Pathos waren ihm fremd. So schuf er, ein Prophet des kommenden Jahrhunderts, der erste und größte Offenbarer reiner, in sich geschlossener Gotteswelt, sieberlose, unverzerrte, nur von musikalischen Liebesgesetzen diktierte Orchestermusik. Mit Bruckner ist der Wille zur Reinheit des sinfonischen Stils, zur neu betonten Gesehgebung der Form, zur phantasiegewaltigen Logik notwendiger Steigerungen, Gelbheiten, Bekennnisse in die Welt gedrungen. Das Starke und das Weiche, das kosmisch Gemahlige und das naturnahe Menschliche strahlen zur rechten Zeit aus einem endlich wieder gekonnten, taubhaft gestuften Werk. Bruckners Sinfonie: ein einhellisches, mit starker Hand und reicher Phantasie zusammengebundenes Epos. Zuletzt: es ist in Sinfonie und Messe ein Rufen, ein Sehnen, ein horchliches Offenbaren, ein Glauben aus hellhörig gewordener Seele, das uns fromm macht. Daß die Musik wieder reine Talsächlichkeit, programmfreie, absolute Kunst der Innerlichkeit und des gehobenen Gefühls geworden ist, daß dem drohenden Zerfallsprozess ein Ende bereitet wurde, das danken wir Anton Bruckner. Ihm gehört die Zukunft als dem größten Meister der Orchestermusik seit Beethoven.

Dresseloge.

Von Bruno Manuel.

Der unsere Seiten durch scharfsinnige Beiträge bekannte Verfasser hat eine Anzahl seiner Offenheiten und Beobachtungen in einem sehr wichtigen, weil fastlichen Büchlein gesammelt (woraus wir eine Probe bringen). „Der Welt der Zeit“ (Seltene Verlagsanstalt, Dresden) besteht aus 100 Seiten, und es ist erfreulich, daß ein Journalist auch einmal vom Bau ein erhaltbares Wort schreibt.

Das Dresseloge lag im zweiten Rang. Aus dem dritten kamen die Beobachtungen der Schenkermeister. Sie legten sich auf alles: auf bloße Frauenküstern; auf weiße Hemdblätter; auf blanke Schittel; sie schloffen auf Neuchblide; durchstörbten Buschelhaar; grün, gelb, rot, milchfarben; je nachdem.

In der Dresseloge lagen die Herren Lokalreporter mit ihren Dornen. Es war bald herum, daß da die öffentliche Meinung thronete; also gewissermaßen „man selber“, bloß komprimiert. Dementsprechend war die Bemerkung. Man profierte der Presse zu; machte sie heimlich zur Schiedsrichterin über Ton, Grazie, Ausgesprochenheit, guten Ton — kurz über alles. Jeder Augenblick, jede Bewegung, jede Bewegung galt distret, nein indistret, ganz offen und öffentlich dem Gedanken: was wird wohl die Presse dazu sagen? Die

Presse war Ballmittelpunkt. Etwas anderes existierte eigentlich gar nicht.

Als die Presse erschien, waren die Kellner kolossal auf den Beinen.

„Presse? — — Darf ich bitten, Voge siedeln!“

Dann bestellte die Presse etwas zu trinken. Der Kellner erschien mit der Weinkarte. Verbeugte sich.

„Bi' lehr!“

Die Presse überlegte lange. Der Kellner mußte wieder weggeh.

„Oh man sich so einig!“

Dann.

„Herr Ober! — — Herr Doober!“

Der Kellner kam gelauen.

„Mir eine Flasche Nummer drei mit drei Gläsern, ja?“

„Mir eine halbe Nummer fünf und eine Fadinger!“

Der Ober stehend: „Verzeihung, meine Herren, eine Nummer drei und eine halbe Nummer fünf?“

Wartete, ließ die Weinkarte liegen, auf der an vierzig Nummern untereinander standen; sämtliche vorhandenen Weinforten. Die billigste fing mit eins an.

„Jawohl, eine Nummer drei und eine halbe Nummer fünf! — —“

Und dann die Fadinger! wiederholte die Presse.

Der Kellner notierte: 1/2 Nr. 3 — — — 1/2 Nr. 5.

Links und rechts knallten die Sektkorken. Auf großen Platten dampfte es, duftete es. Man war überall ausgelassen. Bloß die Presse blieb kühl, reservert, nüchtern... also Presse.

Vor einer halben Stunde hatte die Presse Mokka bestellt; von der Fadinger gar nicht zu reden. Der Kellner kam und kam nicht.

„Herr Doober! — — Wo bleibt denn unser Mokka?“

„Und die Fadinger!“

„Geduld, meine Herren, Geduld! — — — Erst wird Wein bedient!“

— — — Die Presse existierte für den Kellner einfach nicht mehr.

Der Ballaal profierte der Presse zu; machte sie zur Schiedsrichterin über alles. Jede Bewegung galt indistret der Frage: was wird die Presse dazu sagen. Sie war Ballmittelpunkt. Etwas anderes existierte nicht für die Ballgäste.

Diagnose aus der Handschrift.

Die Quackalber, die „brieslich“ behandeln, stehen mit Recht in üblem Ruf. Aber so verhält es sich, aus der schriftlichen Mitteilung von Krankheitserscheinungen ein richtiges Bild des Lebens sich machen zu wollen, so wichtig kann doch die Handschrift sein, um einzelne Krankheitszüge daraus zu erkennen. An unseren Tagen beschäftigt sich die medizinische Wissenschaft mehr und mehr mit den Erkenntnissen, die sie aus der Handschrift gewinnen kann, wie ein Aufsatz von Prof. Georg Sanderbemühl in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ hervorhebt. Besonders in Betracht kommen alle eigenartigen Häkchen, Striche, Boge und Richtung der Schrift usw., soweit sie regelmäßig wiederkehren. Daraus läßt sich auf Charaktereigenschaften und Gemütszustand zur Zeit des Schreibens schließen, nicht aber auf rein geistige Eigenschaften und Fähigkeiten. Erhebliche Erschütterungen des Gemütszustandes sind in der Handschrift sofort erkennbar. Feste, gerade und linkschräge Schriftzüge werden schwächer, dünner, feiner und mehr nach rechts geneigt, ent-

Der Rechtsbruch.

Demokraten gegen Demokraten.

Die Mehrheit der bürgerlichen Stadtverordneten Groß-Berlins will in der heutigen Sitzung ihren Vorschlag gegen den Stadtschulrat Paulsen vollenden. Sie hat die Absicht, ihren sogenannten „Abbaubeschluß“, um den schon seit langem gekämpft wurde, zur Tat werden zu lassen. In letzter Stunde warnt deshalb die demokratische Presse die demokratischen Stadtverordneten davor, sich an diesem Gewaltstreich zu beteiligen. In der „Vossischen Zeitung“ wird ihnen sehr energisch ins Gewissen geredet:

Der Abbau Paulsens bedeutet unzweifelhaft einen Rechtsbruch, der das Sparprinzip Berlins geradezu ins Gegenteil umdreht. Paulsen, einer der tüchtigsten Schulmänner, war für die Rechtsparteien von jeher ein Mann, der wegen seiner politischen Gesinnung und den sich aus ihr ergebenden Konsequenzen beiseite gelassen wurde. Nicht etwa gegen den Posten eines Stadtschulrates wendet sich ihr Haß, sondern gegen dessen Person. Trotzdem stellen sich diese Kreise, um den Abbau zu rechtfertigen, auf den Standpunkt, daß der Posten eines Stadtschulrats überhaupt überflüssig sei. Diese Begründung ist unsinnig, da eine Großstadt wie Berlin auf ihrem weitverzweigten Schulweg nicht ohne Stadtschulrat sein kann. Diejenigen, die den Abbau Paulsens propagieren, geben auch unumwunden zu, daß der Posten später doch wieder einmal durch einen genehmen Jachmann besetzt werden soll. Immerhin ist in der Angelegenheit noch nicht das letzte Wort gesprochen. Die Stadtverordnetenversammlung wird sich eingehend mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Man muß hoffen, daß die demokratische Fraktion gegen den Abbau Paulsens stimmen wird. Denn das Bestreben der Rechtsparteien, alle fortschrittlich gesinnten Schulmänner aus ihren Stellen zu verdrängen, wird aus diesem Haß allzu offensichtlich.

Ganz ähnlich äußert sich das demokratische „Berliner Tageblatt“. Es weist mit Recht darauf hin, daß der Schulrat die Situation im Rathaus bei der demokratischen Fraktion liege und gibt ebenfalls der Hoffnung Ausdruck, daß diese geschlossen gegen den geplanten Abbau stimmen und so den beabsichtigten Rechtsbruch vereiteln werde.

Diese Stellungnahme der demokratischen Presse ist durchaus zu begrüßen. Allerdings zweifeln wir daran, daß sie auf Herrn Merken und seine Gefolgschaft sonderlich Eindruck machen werde. Denn es ist allgemein bekannt, daß Merken selbst sehr stark darauf spekuliert, zu gegebener Zeit der Nachfolger Paulsens zu werden. Herr Merken ist bekanntlich ein „Demokrat“ aus der Schule der alten freisinnigen Volkspartei und hat seit den traurigsten Zeiten dieser Partei nichts hingelernt. Auch der Bürgerblock im Reiche schreckt ihn nicht, trotzdem die „Kreuzzeitung“ offen erklärt, daß die Deutschnationalen von einem Bürgerblock mit den „jüdischen Demokraten“ nichts wissen wollen.

Sollte sich die Fraktion Merken aber wirklich bis heute nachmittags eines besseren besonnen haben, so wäre durch sie einer der schlimmsten Gewaltakte zu verhindern, der jemals in Berlin geplant worden ist. Andernfalls müßte auf dem Klageweg festgestellt werden, daß die Berliner Stadtverordnetenversammlung mit ihrer lächerlichen Mehrheit von fünf bürgerlichen Stimmen das klare Recht zu brechen versucht hat. Nach der Warnung durch die demokratische Presse wird sich die demokratische Fraktion nicht einmal mehr darauf berufen können, daß sie die Tragweite ihrer Handlungen nicht hätte übersehen können.

Der Fall Graff, der bekanntlich als einziger von der Amnestie für das besetzte Gebiet ausgenommen wurde, wird auf diplomatischem Wege erledigt werden. In Kürze wird für die Revision des Dietricher Urteils beim Reichsgericht ein Termin angelegt werden. Das Urteil ist ferner dem auswärtigen Amt zugegangen, wo es zusammen mit den Akten überlegt und an Belgien weitergeleitet wird. Unabhängig von der Klärung der Schuldfrage vor deutschen Gerichten wird die deutsche Regierung einen besonderen Schritt tun.

Während der geringeren Widerstandsfähigkeit und der Willensschwäche, die durch solche Gemütsverwirrungen hervorgerufen werden, sehr stark tritt die Richtung der Zellen nach abwärts hervor. Bei Menschen mit ausgesprochen heftigerem Wesen beobachtet man lange Anstöße bei Beginn der Worte und auch an den Buchstaben inmitten eines Wortes. Infolge schwerer seelischer Leiden werden diese Anstöße kleiner und verschwinden schließlich ganz. Bei früher ordentlichen Menschen, deren Buchstaben, Worte und Zellen gleichmäßigen Abstand zeigen, werden die Buchstaben ungleichmäßig, die Abstände wechselnd. Bei Menschen, die viel auf Außerlichkeiten hielten und daher Verzerrungen an den Großbuchstaben anbrachten, verschwinden die Schnörkel plötzlich, die Schrift wird schmal und einfach. Außerordentlich charakteristisch bei allen seelisch leidenden Menschen ist die Wellenform in der Zeilenführung.

Diese Veränderungen der Schriftzeichen finden sich vielfach bei der heranwachsenden Jugend in der Zeit vom dreizehnten bis achtzehnten Lebensjahr, in der große seelische Veränderungen vor sich gehen. Ein in der Handschriftenbeurteilung erfahrener Schularzt wird durch die Veränderung der Schriftzüge auf Gemütsveränderungen der Schüler aufmerksam werden und durch rechtzeitige Maßnahmen Schlimmes verhüten können. Bei Genesung von diesen seelischen Leiden, beim Wiedereintritt der seelischen Gleichgewichtslosigkeit verschwinden auch die erwähnten Veränderungen der Handschrift vollkommen. In solchen Fällen psychischer Krankheitsvorgänge kann also der Arzt aus der Handschrift ermitteln, in welchem Zustand sich der Patient befindet, ob eine wesentliche Besserung oder Verschlechterung eingetreten ist. Ebenso ist für den Gerichtsarzt die Handschrift des Verbrechens von großer Wichtigkeit, denn er kann aus ihr auf den Gemütszustand schließen, in dem ein bestimmtes Schriftstück verfaßt wurde.

Eine Ganskomödie. Zu Pfingsten war einer Frau in Holzen bei Schwerte eine junge Gans gestohlen worden. Trotz aller Nachforschungen war die Gans nirgends zu finden. Ein Vierteljahr später beschuldigte die Frau einen Arbeiter, er habe die Gans gestohlen. Sie habe die Gans auf der Schwertener Heide mitten in der Gänsehede des Arbeiters entdeckt. Der Arbeiter hatte sich deshalb vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Auf die Frage des Richters, worauf sie ihren Verdacht gründe, erwiderte sie, sie habe während eines Spazierganges in der Schwertener Heide die Gans sofort an der Gestalt und den Bewegungen wiedererkannt. Auch die Gans habe sie sofort wiedererkannt und sei hocherfreut auf sie zugekommen. „Ja, wenn die Gans sprechen könnte“, meinte der Richter, und uns betrauen würde, daß sie Sie tatsächlich wiedererkannt hat, dann wäre die Sache etwas anderes; so aber ist kein Beweis dafür erbracht, daß der Arbeiter der Dieb war.“ Das Gericht erkannte auf Freisprechung und übernahm die Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse.

Toller-Motiv der Volksbühne. Bei der Aufführung der beiden Stücke von Toller: „Die Hölle des Arztes“ und „Der verübte Mord“ Sonntag normfalls 11½ Uhr im Theater am Schloss-Platz sind die Bühnenbilder von Ed. Eubel entworfen. Die Musik zum „Verübten Mord“ kommt von Wolfgang Zeller.

Ein neuer Vorfall. Ernst Barlach reiste Bühnenleitung. Die „Liedhalle“ ist dem Württembergischen Landestheater in Stuttgart zur Uraufführung angenommen.

Die Konferenz von Koblenz.

Ihre Ziele und ihre Wirkung.

Die in Koblenz begonnenen Beratungen zwischen Deutschland und der Interalliierten Rheinlandkommission haben als Hauptaufgabe die technische Durchführung der wirtschaftlichen Räumung des besetzten Gebietes. Neben dem Ministerium für die besetzten Gebiete sind an den Beratungen noch Preußen, Bayern, Baden, Hessen und Oldenburg beteiligt. Das Arbeitsprogramm der Konferenz umfaßt in der Hauptsache die Wiederherstellung der deutschen Verwaltungshoheit, besonders auf dem Gebiete des Zollwesens. Spätestens bis zum 22. Oktober müssen die deutsche Zollhoheit und Zollverwaltung wieder existieren. Es ist das Ziel der deutschen Unterhändler, die Wiederherstellung der deutschen Zollhoheit schon zu einem früheren Termin zu ermöglichen. Bis zum 22. September muß die Binnenzolllinie besetzt werden. Im großen und ganzen wird sich die wirtschaftliche Räumung so vollziehen, daß der größte Teil der Räumung bereits zum 22. September vorgenommen sein wird, etwa 90 Proz. der Räumung werden am 22. Oktober erledigt sein und der Rest bis zum 7. Dezember. Zugleich mit der Wiederherstellung der Zollhoheit wird auch eine Amnestie für Zollstrafen (ausgenommen natürlich solche, die auf Betrügereien beruhen) erfolgen.

Die Frage der Zugewiesenen, die streng genommen nicht zum Londoner Protokoll gehört, sondern im Briefwechsel zwischen Herriot und Marx behandelt wurde, ist ebenfalls auf der Koblenzer Konferenz angeschnitten worden. Die Frage der Gefangenen wird von Regierung zu Regierung behandelt werden, um in der Freilassung möglichst ein gemeinsames und gleichzeitiges Vorgehen herzustellen.

Die augenblicklich in Düsseldorf geführten Verhandlungen betreffen nur die Kohlenfrage. Nach Beendigung der Koblenzer Konferenz, die die Angelegenheiten des altbesetzten Gebietes regelt, werden in Düsseldorf mit dem Armeekommando die Verhandlungen für die Fragen des neubesetzten Gebietes aufgenommen werden. Die Düsseldorfser Verhandlungen werden im großen und ganzen die in Koblenz gefundene Lösung bestätigen und auch auf das neubesetzte Gebiet in Anwendung bringen.

Die wirtschaftliche Räumung des besetzten Gebietes, die ja jetzt erst beginnt, hat auf das Geschäftsleben bereits belebend eingewirkt. Wohl ist die Arbeitslosigkeit in der letzten Woche noch einmal in die Höhe gegangen, aber es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß die Ziffer nicht weiter steigt, sondern zurückgeht. Die Aufräge bei der Industrie mehren sich.

Koblenz, 3. September. (WZ.) In den gestrigen Verhandlungen zwischen Vertretern der Reichsregierung, besonders des Ministeriums für die besetzten Gebiete sowie der Regierungen der besetzten Länder von Preußen, Bayern, Hessen, Baden, Oldenburg und der Rheinlandkommission, teilte Oberkommissar Tirard mit, daß die Rheinlandkommission in den nächsten Tagen die Verkehrsbeschränkungen zwischen dem unbesetzten und dem besetzten Gebiet beseitigen würde. Die Verhandlungen wurden am späten Abend weitergeführt. Es werden Handels- und Zollfragen, Abbau der Eisenbahnregie, Bereitstellung von Kohlen und Freigabe von Wohnungen durch die Besatzung besprochen werden. In der Stadt Koblenz sind in der letzten Woche 300 Wohnungen von den Franzosen freigegeben worden. Weitere werden folgen, da nunmehr die Befragung dieser Wohnungen selbst befohlen muß. Für die Verhandlungen der einzelnen Fragen wurden Unterausschüsse gebildet, die tagsüber mit den verschiedenen Behörden, abends in geschlossener Sitzung verhandeln. Die deutschen Regierungsvertreter rechnen mit einem längeren Aufenthalt, da die Verhandlungen voraussichtlich lange andauern werden. Dem Vernehmen nach sind sie von dem Beginn der Verhandlungen durchaus befriedigt.

Das Ende der Zollgrenze.

Koblenz, 3. September. (WZ.) Vorbehaltlich anderweitiger Anweisungen werden vom 10. September ab für die aus dem unbesetzten Deutschland in das besetzte Gebiet eingeführten Waren durch die Binnenzollämter keine Zölle mehr erhoben. Für die aus dem besetzten Gebiet in das sonstige Deutschland eingeführten Waren wird von diesem Tage ab die Erhebung von Zöllen ebenfalls eingestellt. Von diesem Zeitpunkt ab werden nur noch Zölle erhoben von den Zollämtern, die vor dem 11. Januar 1923 bestanden. Für die aus dem Auslande eingeführten Waren, die auf unmittelbarem Wege oder auf dem Transitwege aus dem unbesetzten Gebiet in das besetzte Gebiet gelangen sowie für den Ein- und Ausfuhrverkehr von und nach dem Auslande bleibt noch zur Zeit das Ein- und Ausfuhramt in Bad Ems zuständig. Die Postanstalten des besetzten Gebietes werden vorbehaltlich anderweitiger Anweisungen im Anschluß hieran eine Verfügung erhalten, für die aus dem besetzten Gebiet eingehenden Sendungen vom 10. September ab nur dann Zölle zu erheben, wenn sie mit dem Zettel „zollamtlich abgefertigt“ versehen sind. Für die ausgelieferten Pakete nach dem unbesetzten Deutschland wird die Erhebung der Gebühren bereits am 9. September eingestellt. Im Verkehr mit dem Auslande treten keine Veränderungen ein.

Landbündelpöbel an der Arbeit.

Der Stahlhelm hilft dabei.

Aus dem Kreise Ludau wird uns geschrieben: Die Landbündler rühren schon seit langem kräftig die Trommel. Zu besonderem Wirbeln und Tamtamtönen hatten sie sich am Sonntag vor dem Versammlungstage auch in Sonnenswalde, dem letzten Landstädtchen und Grafenitz derer von Solms-Sonnenwalde im Kreise Ludau, zusammengefunden. Es sollte der „Rotschrei“ der Landwirtschaft nachdrücklich in die Luft geschmettert und die übliche aufmunternde Hege veranstaltet werden. — Am gleichen Tage war auch Schützenfest am Ort. Man konnte also mit besonderem starkem Zuspruch rechnen. Die Schützen und die Landwirtsseelen sind ja gar so leicht mit denselben Mitteln zum Kochen zu bringen.

Das Schauspiel erster Aufzug war deshalb ein Vorbeimarsch der Schützen vor dem hochmögenden eingelassenen Grafen von Solms, der auf der Freitreppe seines Schlosses stand, an keiner Stelle das Lächelchen mit der schwarzweihroten Fohne und der hiesigen Landrat von Mantuffel-Ludau, der verständnisvolle Sachwalter der deutschnationalen und darüber hinausgehenden Belange. — Die danach folgende öffentliche Volksversammlung der Landbündler wurde im letzten Augenblick wegen des zu erwartenden Andrangs auf den Freiplatz vor dem Grafenschloß verlegt, der von allen Seiten unbehindert zugänglich ist. Man hielt also ganz eigenmächtig, unter Umgehung der behördlichen Anordnungen, eine Versammlung unter freiem Himmel ab, ohne auch nur den leisesten Versuch zu machen, die berufenen Stellen und sei es auch nur den 50 Schritt davon wohnenden, als Amtsobersteher fungierenden Gräflichen Rentmeister oder den noch näher befindlichen Landrat, der unseres Wissens noch im Schloß gewesen sein muß und den folgenden Nummern überhaupt miterlebt haben dürfte, davon in Kenntnis zu setzen. Ober sollte Freiherr von Mantuffel es diesmal vielleicht, wo seine Schützen in Frage kamen, mit dem Augenblick abgeben haben? Die behördliche Untersuchung wird hier Aufklärung schaffen müssen. Jedenfalls ist anzunehmen, daß die Herren Landbündler, gerade weil sie ihren beabsichtigten Freund und Gönner in der Nähe wußten, keine besondere Anstrengung machten, um die Zufälligkeit der Versammlung zu vermeiden. Mit ungeschminkter Freilichkeit gaben sie sich dann auch der Verhegung hin. Steuerpolitik und die dagegen einzunehmende aktive ablehnende Haltung standen im Mittelpunkt. In der Reihe der tonangebenden Hege erschien schließlich auch Herr von Lohow mit dem Einlass, der Einpreißen aus dem Norden des Kreises, der von sich und seinen Leuten einmal gelegentlich einer Kreisversammlung behauptet hat, daß sie die geborenen Führer des Volkes seien und diese Beruflichkeit zweifeln gegenüber mit der in seinen Kreisen vorhandenen größeren Bildung begründete. Diese Erbschaftsbildung hinderte den Herrn aber nicht, sich in diesem Augenblick in der ruppigsten und schnobdringlichsten Weise mit der deutschen Volkssprache zu befassen und in der schimpflichsten Weise die Ränder der Regierung zu verdrängen. Als er sich dann ertrotzte, die Verdrängung schärfer zu umreißen, indem er sagte, die Regierung leiten Männer, die nur das Interesse des Landes im Auge haben, da ertönte aus der Mitte der Versammlung die gemäß berechnete bescheidene Frage: „Wer denn?“ Der im ganzen Ludauer Kreise und auch in der ganzen Lausitz und darüber hinaus durch jahrzehntelange öffentliche Tätigkeit bekannte und allseits hochgeschätzte Kämpfer der Finsterwälder sozialdemokratischen Partei, Genosse Knoche, holt den Jurist gemacht. Er geht unbestreitig zu den Besonnensten unserer Bewegung. Doch er trotzdem den Zwischenruf machte, ist ein Beweis für die Stärke der Herausforderung, die in den Worten des Landbündlers Lohow lag. Der Bedarf für die Böbelsintakte der Landbündler war in diesem Augenblick gegeben. Während von Lohow in seinen Ausführungen weiterging, begann um Genosse Knoche herum die in diesen Fällen übliche Hege gegen die Person. Zuerst in Worten: Haut den Lumpen doch raus! Schlagt ihm die Knochen entzwei! Schlagt das Was tot! Und daneben die ersten Anstempelungen. Der zunächst Stehende führte bald den ersten Faustschlag ohne daß von seinen Genossen Knoche etwas anderes als die notwendige Zurückweisung der Beschimpfungen erfolgt wäre. Nach diesem ersten Schlag schloß dann allen umstehenden Köpfen der Mut. Zu zehn und mehr fielen sie über den völlig wogelosen, alleinstehenden älteren Mann her, schlugen ihn mit Füßen und Stöcken bestimmungslos und toben dann mit ihrer Stiefelabsätzen auf dem ohnmächtig am Boden Liegenden herum. Wie ein Haufen losgelassener Bestien benahmten sich die echt deutschen Brüder. Ein eitelstes Schauspiel, das sich da minutenlang den Blicken bot und noch ekelbarer die Tatsache, daß nicht ein einziger auftrat und der Unmenslichkeit ein Ende machte. Es sollen auch dürgerliche Herren aus Finsterwalde in unmittelbarer Nähe gefanden haben, ohne einen Finger zur Hilfeleistung zu rühren. Man schlug ja nur einen tapferen Sozialdemokraten zum Krüppel und dabei können menschliche Mühung und Anstandsgefühl für einen Bürgerlichen nicht in Frage kommen.

Die Schläge, die „tapere“ Landbündler mit Hilfe ihres Stahlhelmschutzes hier schlugen, hätte wahrscheinlich dazu geführt, daß Genosse Knoche tot auf dem Platz geblieben wäre, wenn nicht schließlich die Tochter des so schmählich Mißhandelten herbeigekürzt wäre und sich zur Abwehr und zum Einhalt vor den Vater gestellt hätte. Mit gleichzeitigen Worten wurde dem Gen. Knoche, nachdem er wieder zur Besinnung gekommen war, von dem und jenem, darunter auch von dem feingekleideten Herrn von Lohow, dem Mißhandlungen an dem Vorgang, das Mitgefühl ausgesprochen. Die Mißhandlung selbst wird für den im Gefechtstanz für seine Mitmenschen grau gewordenen Genossen Knoche verhängnisvolle gesundheitsschädigende Nachwirkungen haben. Und die Partisanen des Kreises werden für alle Zukunft die beispiellose grausame Roberei der Stahlhelm-Landbündler in der Erinnerung behalten müssen. Nachdem sich so die tierische Roberei und bodenlose Gemeinheit dieser „Edelsten“ der Volksgemeinschaft ausgetobt hatte, kam schließlich auch die Heuchelei noch zur Geltung. Die Versammlung wurde bald darauf mit dem Gelang: „Ein feste Burg ist unser Gott“ geschlossen. Mit Gott und der Gemeinheit im Burdel. Das ist so reich die Lebensdrücke dieser Welt von Unmenschen. Wehe dem Lande, in dem dieser Geist wieder die Oberhand gewinnt.

Geradezu ein Skandal ist es aber, daß derartige Orgien und derartige Störungen des öffentlichen Friedens anscheinend unter den Augen des ersten Beamten des Kreises oder zum mindesten in seiner nächster Umgebung stattfinden können. Der Landrat Freiherr von Mantuffel wird hier gewissermaßen mitschuldig an der Verhöhnung der Staatsautorität und der jedem Staatsbürger gewährleisteten körperlichen Sicherheit. Die peinlichste Untersuchung darf nicht auf sich warten lassen. Und sollte der Herr Landrat nicht ganz schuldlos an den Vorgängen befunden werden, dann muß diesem eigenartigen Beamten der Republik der Marsch gelassen werden, daß ihm hören und sehen vergeht. Es ist höchste Zeit, daß einmal hier nach dem Rechten gesehen wird. Die Aufsichtsbehörde hat nun das Wort zur Klärung des skandalösen Vorganges.

Ehrhardt enthüllt.

München, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Hochverdräter Ehrhardt veröffentlicht jetzt seine „Memoiren“, mit deren Abdruck die „München-Augsburger Abendzeitung“ am Donnerstag beginnen wird. Zunächst wird ein Bericht über die Kriegstaten Ehrhardts und sodann über die Rolle der berühmten Brigade Ehrhardt bei den Kämpfen um Braunschweig und München im Frühjahr 1919 versprochen. Von Interesse ist, daß auch in die Hintergründe des Kapp-Putsch hinein eingeschaut werden soll. Schließlich wird angefügt, daß die Schleier über der Doppelexistenz Ehrhardts in München, über den Aufbau der Organisation Consul, Ehrhardts „unseltes Wanderleben“, seine durch „seinen Verrat“ ermöglichte Verhaftung und seine Flucht aus dem Leipziger Gefängnis gelüftet werden.

Die Ankündigung beweist, daß der Aufenthalt des flüchtig geflohenen Hochverdräters Ehrhardt in München vielen Leuten bekannt ist und daß es der Münchener Polizei eigentlich nicht schwer fallen müßte, ihn ausfindig zu machen. Die Unvorsichtigkeit freilich, mit der Ehrhardt über seine eigene „Doppelexistenz“ plaudern will, zeigt, wieviel er dieser Polizei bieten darf.

Owen Young und die deutsche Anleihe.

Paris, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Agenten für Reparationszahlungen Owen Young und Mac Seidhan haben sich am Mittwochabend mit einem kleinen Stabe von Mitarbeitern nach Berlin begeben. Sie sollen während ihres Berliner Aufenthaltes angeblich beabsichtigen, auch mit den deutschen Bankkreisen in Verbindung zu treten, um mit ihnen die Auslegung der 800-Millionen-Goldmark-Anleihe zu besprechen.

Die „Information“ glaubt versichern zu können, daß die Auslegung der 800-Millionen-Anleihe erst am 10. Oktober möglich sein wird. Auf Grund guter Informationen glaubt das Blatt ferner mitteilen zu dürfen, daß 60 Proz. von der amerikanischen, 30 Proz. von der englischen Finanz und die übrigen 10 Proz. von Holland, der Schweiz und Spanien aufgenommen werden sollen.

Bayern entpolitisiert sich. Wie die Münchener Blätter melden, hat der bayerische Kultusminister durch einen Erlass den Schülern der höheren Unterrichtsanstalten sowie den Fortbildung- und Volksschülern jede Beilegung an der politischen Agitation und an der Wahlbewegung, besonders durch Verteilung von Flugblättern und Stimmzetteln, und das Sammeln von Unterschriften für politische Zwecke verboten.

Gewerkschaftsbewegung

Der gerüffelte Reichskanzler.

Der Reichskanzler Dr. Marx hat auf dem Katholikentag eine bescheidene Rede an die Arbeitgeber gerichtet, den Bogen nicht zu überspannen und gegenüber der Arbeiterschaft Gerechtigkeit zu üben. Darüber sind die Herren, die im Namen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände sprachen, ganz aus dem Häuschen. Sie verkündeten folgende Erwiderung:

Die mehrfachen Erörterungen über sozialpolitische Fragen auf dem diesjährigen Katholikentag in Hannover werden von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit größtem Interesse verfolgt, zumal ja auch zahlreiche katholische Arbeitgeber und Mitglieder der Vereinigung dieser Tagung beiwohnen. Besondere Beachtung fanden die ersten Worte des Reichskanzlers Dr. Marx, der an die einzelnen Berufs- und Wirtschaftsgruppen die Aufforderung richtete, sich der Bescheidenheit unterzuordnen. Diese Erkenntnis war für die deutsche Industrie, als sie sich schweren Herzens zur Annahme der Dawes-Gutachten und des Londoner Paktes entschloß, gewiß von Bedeutung gewesen. Es ist auch der Hinweis des Reichskanzlers zu begrüßen, wonach die Gutachtensätze, selbst wenn man sie in günstigerem Sinne auslegt, dem gesamten deutschen Volk eine schwere Last auferlegt. Wenn der Reichskanzler am Schluß seiner Ausführungen den Arbeitgebern zuruft, sie dürften ihre Macht nicht bis zum Äußersten ausüben und müßten die Gerechtigkeit üben, so wäre allerdings diesem ersten Appell die unausgesprochen gebliebene aber nicht minder ernste Aufforderung an die deutsche Arbeiterschaft gegenüberzustellen, von der so viel betriebenen Hege gegen die deutschen Arbeitgeber endlich abzulassen und auch ihrerseits auf dem Boden der gegebenen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse eine ehrliche Verständigung mit den Arbeitgebern zu suchen. Die deutsche Arbeiterschaft hat mit offener Darlegung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage das Ihre zur Klärung der Defizienten getan. Auch die Arbeiterschaft müßte nun mit ihren sozialpolitischen Zielen dieser Lage Rechnung tragen. Eine solche Aufforderung an die deutsche Arbeiterschaft wäre um so dringlicher, als neuerdings aus Gewerkschaftskreisen bekannt wird, daß man sich dort mit der Annahme von Gehaltssteuern auf neue schwere wirtschaftliche Kämpfe vorbereitet. Die Arbeitgeber müssen heute besonders eindringlich vor einem Optimismus in der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage nach Inkraftsetzung der Dawes-Gesetze warnen. Jede Entspannung, die etwa kommen kann und schließlich erwartet wird, wäre auch von einer Besserung der wirtschaftlichen Lage noch weit entfernt; denn zu schwer lastet die Krise langer Monate auf den einzelnen Betrieben. Nichts wäre verheerlicher, als beamtete Wiederbelebung sofort durch Forderungen seitens der Arbeitnehmer im Keime zu zerstören. Was der deutschen Wirtschaft bei einer Besserung der Lage vor allem nottut, ist Stetigkeit und Ruhe in der Frage der Arbeitsbedingungen. Die wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit ist deshalb nicht nur gegen die Arbeitnehmer zu üben, sondern wird auch in gleichem Maße für die deutschen Arbeitgeber in Anspruch genommen werden können, die wiederholt in aller Öffentlichkeit den Versuch gemacht haben, sich mit ihrer Arbeiterschaft zu verständigen.

Die Herren Arbeitgeber sprechen von einer „so vielfach betriebenen Hege“, die angeblich von der Arbeiterschaft gegen die Arbeitgeber getrieben würde. Sie haben offenbar kein Gefühl dafür, daß die besten und wirksamsten Hege gegen die Arbeitgeberchaft in der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände liegen. Wenn man kalten Blutes einen Stundenlohn von 20 bis 30 Pf. für ausweichend hält, zu einer Zeit, wo die Preise 50 Proz. über den Friedenspreisen liegen, wenn man nach dem Zusammenbruch des Ruhrkrieges zu den Franzosen läuft, und von ihnen die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit im Ruhrgebiet verlangt; dann betreibt man damit eine Hege gegen die Arbeitgeber, gegen die überflüssigen Reden der Unionisten und Kommunisten Rosenwässer sind.

Wenn man Schwerarbeitern den Zwölfstundentag aufzwingt, weil man infolge der von den Unternehmern betriebenen oder gebilligten Inflation weiß, daß die Widerstandskraft der Arbeiterschaft geschwächt ist, dann hegt man die Arbeiterschaft gegen die Arbeitgeber auf. Wenn man das Abkommen von London dazu benutzen will, um die deutsche Arbeiterschaft mildernden Rechts gegenüber der Arbeiterschaft der ganzen Welt zu machen, dann treibt man damit die Arbeiterschaft in die schärfste Opposition gegenüber den Arbeitgebern hinein. Wenn man sich einem internationalen Abkommen in der Frage des Achtstundentages wie überhaupt in den sozialpolitischen Fragen widersetzt, wie es die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände seit Wochen und Monaten tut, dann zwingt man die Arbeiterschaft, den schärfsten Kampf zu führen, gegen die Befreiungen.

Wenn sich die Herren vom Vorstand der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände herausnehmen, das Reichskanzler zu rüffeln, weil er von den Arbeitgebern verlangt, Gerechtigkeit zu üben, dann demonstrieren sie damit, wie notwendig und zugleich wie vergeblich diese Mahnung ist. Die Arbeitgeber haben die Stirn, den Gewerkschaften zum Vorwurf zu machen, daß sie ihre finanzielle Widerstandskraft stärken, nachdem die Arbeitgeber den Arbeitern im Bergbau, im Holzgewerbe, in den Sechswertwerken, in der Schwerindustrie usw. eine beispiellose Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch Aussperrungen aufzuzwingen versucht haben und noch versuchen. Diese Kundgebung, die ein wahrer Bärendienst ist, der den deutschen Arbeitgebern geleistet wird, zeigt, wie notwendig der Zusammenschluß und die Abwehr der georgingen deutschen Arbeiterschaft gegenüber den Scharfmachern im Arbeitgeberlager ist.

Empfang beim mexikanischen Präsidenten.

Der gegenwärtig in Berlin weilende Präsident von Mexiko, Calles, der am 1. Dezember sein Amt antritt, hatte gestern die Spitzen der Berliner freien Gewerkschaften zu einer Aussprache eingeladen. Genosse Sabath wies in seiner Begrüßungsansprache darauf hin, daß es das erste Mal sei, daß die freien Gewerkschaften mit dem höchsten Beamten eines fremden Staates eine Unterredung über die Verhältnisse der deutschen, im besonderen der Berliner Arbeiterschaft hätten. Die freien Gewerkschaften fühlten darin den Beweis ihrer Anerkennung auch durch fremde Regierungen. Sabath betonte die innige Verbindung der deutschen Gewerkschaften mit den mexikanischen im Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam und hob besonders hervor, daß durch diese internationale Tätigkeit sehr viel zur Herbeiführung eines dauernden Friedens getan werden könne.

In seiner Erwiderung konnte Präsident Calles feststellen, daß er besonders mit Hilfe der mexikanischen Arbeiterschaft gewählig sei; er habe den festen Willen, sein Amt zum Ausbau der sozialen Notwendigkeiten zu benutzen. Der Präsident überbrachte die Grüße und Wünsche der Arbeiter seines Landes an die deutschen Gewerkschaften. Diesem Gruß fügte der Präsident seinen eigenen an, da er sich als Teil der mexikanischen Arbeiterschaft fühle. Der Präsident brachte weiter zum Ausdruck, daß in seinem Heimatland eine große Menge sozialer Probleme zu lösen sei, die er mit Hilfe und im Sinne der aufstrebenden jungen Arbeiterbewegung zu erledigen hoffe. Das wichtigste Problem sei zweifellos die Verteilung von Land an die Landbevölkerung. Aber auch die Industrie- und Arbeiterfrage befände sich in bedrückender Lage. Die mexikanische Bevölkerung strebe danach, die sozialen Erzeugnisse der Arbeiter anderer Länder auch auf Mexiko auszuweiten. So sind der Achtstundentag, das Streikrecht, besondere Bestimmungen für den Schutz von Mutter und Kind, die Gesundheitspflege in den Fabriken und die Teilnahme der Arbeiter am Reingewinn der Fabriken verfassungsmäßig festgelegt. Für die Arbeitgeber besteht außerdem ein Verbot, während eines Streiks Streikbrecher anzuwerben zu dürfen.

Der Präsident erkundigte sich ferner eingehend nach den arbeitsrechtlichen Verhältnissen der deutschen Arbeiterschaft. Von den anwesenden Gewerkschaftsvertretern wurde die augenblickliche Lage im einzelnen geschildert, wobei sich oft Vorteile der mexikanischen gegenüber den deutschen Arbeitern feststellen ließen. Mit der Versicherung, daß er das Gehörte im Interesse der Arbeiter seines Landes verwerthen werde, verabschiedete sich der Präsident.

Streik im Sägewerk Hohrechtsfelde.

Die Arbeiter im Sägewerk Hohrechtsfelde stehen jetzt seit 14 Tagen im Streik, ohne daß es bisher möglich war, von der Direktion des Sägewerks nach von der Zentraldirektion der Berliner Stadtgüter G. m. b. H. ein Einigekommen zu finden. Alle Bemühungen der Organisation, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, waren ohne Erfolg.

Die Direktion des Sägewerks Hohrechtsfelde versucht mit allen Mitteln, den Betrieb mit Streikbrechern in Gang zu bringen und kündigte im „Lokalanzeiger“ und im „Tag“ die Inbetriebnahme des Sägewerks am 1. September an. Zu diesem Zweck wurden in allen Provinzialblättern „Arbeitswillige“ gesucht. Am Montag, den 1. September, 6 Uhr früh, sollte ein Lastauto die Arbeitswilligen vom Bahnhof Buch abholen. Ein Teil der streikenden Arbeiter wurde durch die Direktion schriftlich aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Um die Streikenden gezügiger zu machen, wurde den im städtischen Gemeinschaftshaus wohnenden die Aufforderung zugelegt, die Wohnung sofort zu räumen. Weiter wurde der Belegschaft ver-

boten, in den einzig vorhandenen Räumen des Gemeinschaftshauses Versammlungen abzuhalten.

Um der Betriebseröffnung auch ein festliches Gepräge zu geben, wurde eine Anzahl Gendarmen nach Hohrechtsfelde stationiert, deren Befestigung im städtischen Gemeinschaftshaus erfolgte. Um 10 Uhr erschien der Betriebsleiter in Begleitung eines Betreters der Güterdirektion, um die Neueinstellungen vorzunehmen. Die Herren hatten aber wenig Erfolg, da sich trotz des angebotenen horrenden Stundenlohnes von 38 Pf. auch kein Streikbrecher einfand. Gegen 3 Uhr nachmittags verließ der Betriebsleiter unter Begleitung eines Gendarmen sein Tätigkeitsfeld, um nun der bürgerlichen Presse aller Voraussicht nach mitzuteilen, daß die Betriebseröffnung sich etwas verzögert hat und auf unbestimmte Zeit vertagt ist.

Wenn die Betriebsleitung weniger reaktionär eingestellt wäre, dann hätte sie die Betriebseröffnung am 1. September ohne Streikbrecher haben können. Sie mußte nur den guten Willen zur Berufskündigung zeigen und ihre Anstrengungen auf diesen Punkt konzentrieren, anstatt auf die Suche nach Streikbrechern und die rührende Vorrede für ihren Schuß. Sie hätte sich die wohlverdiente Schlappe eripart und sich das Vertrauen der Belegschaft nicht noch mehr verschert. Daran ist jetzt leider nichts mehr zu ändern.

Von den Mitgliedern der Stadtvorordnetenversammlung aber und besonders von denjenigen, die Mitglieder des Aufsichtsrates der Berliner Stadtgüter G. m. b. H. sind, darf man erwarten, daß sie sich mit dem Zustand im Sägewerk Hohrechtsfelde bald etwas näher beschäftigen und die Direktion der Stadtgüter G. m. b. H. veranlassen, den Arbeitnehmern des Sägewerks Hohrechtsfelde eine menschenwürdige Entlohnung zuteil werden zu lassen. Bis dahin aber ist der Zugang nach Hohrechtsfelde streng fernzuhalten.

Indische Arbeitsverhältnisse.

Aus London wird uns geschrieben: Die Ausbeutung der Arbeiterschaft in Indien ergibt sich aus folgenden Feststellungen: In drei indischen Provinzen sind 55 786 Männer, 42 000 Frauen und 11 071 Kinder unter 12 Jahren in Bergwerken tätig. Ihr Arbeitstag beträgt 12 bis 16 Stunden. Betriebsunfälle sind überaus zahlreich, da den Arbeitsbedingungen nirgends die nötige Sorgfalt zugewendet wird, vor allem natürlich deshalb, weil die hierfür nötigen Ausgaben lieber gespart und in Form von Dividenden ausgeschüttet werden. Nach einer Meldung des „Labour Pech Service“, des Pressebüros der Labour Party, haben diese Dividenden bei mehreren der 252 Gesellschaften, die 522 indische Bergwerke „kontrollieren“, die Höhe von 155 Proz. erreicht — ein typisches Beispiel für jenen Kolonialkapitalismus, der sich in den Formen skandalöser Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft auslebt und an die in Europa überwundene Ära der ersten kapitalistischen Jahrzehnte erinnert: jene Jugendjahre des Kapitalismus, die Engels-Marx mit ihren unvergesslichen Schilderungen ins Bewußtsein der Kulturmenschen eingepreßt haben. — Die indischen Gewerkschaften, die im ständigen Fortschritt begriffen sind, werden eine ungeheure Arbeit haben, um die Arbeitsbedingungen auch nur den auf dem Kontinent üblichen anzupassen, wenn schon die Begeggung nicht Mittel und Wege findet, die Eingeborenen vor den moralischen und physischen Schäden solcher Arbeitsbedingungen zu schützen.

Der Konflikt in Polnisch-Oberschlesien.

Warschau, 3. September. Heute traf hier eine Delegation der Berufsverbände der ostoberschlesischen Hütten- und Grubenindustrie ein, um mit der Regierung über die Lage zu beraten, welche die ständigen Arbeiterentlassungen und die neue Arbeitszeit hervorgerufen haben. Die Abordnung wird im Ministerium für Handel und Industrie sowie im Arbeitsministerium empfangen werden.

Das Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallverhütung, das im Jahre 1918 vom Institut für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M. begründet, vor zwei Jahren als Opfer der Geldentwertung hat eingehen müssen, erscheint seit Juli wieder in neuer Folge in monatlichen Heften. Als Herausgeber zeichnen eine Reihe namhafter Fachmänner, darunter Gen. Dr. Chajeb, Professor der Gewerbehygiene an der kaiserlichen Technischen Hochschule. Das erste Heft enthält neben Fachbeiträgen im engeren Sinne mehrere Aufsätze, die von allgemeiner sozialpolitischer Bedeutung sind: Der Begriff der Berufserkrankung (Professor Curschmann), Allgemeine Fragen der Unfallverhütung (Senatspräsident Dr. Fischer) und andere. Die Zeitschrift sollte von den sachlich interessierten Genossen in Gewerkschaften, Arbeitersekretariaten und Verwaltungen als wichtiges Aufklärungsmittel beachtet werden.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Arthur Catena; Gewerbehygiene: Friedr. Catena; Redaktion: A. G. Müller; Druck: G. Müller; Verlags- und Druckerei: G. Müller, Berlin. Druck: Hermanns-Verlagsgesellschaft und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu zwei Beilagen und „Frauenstimme“.

Besonders günstige Herbst- und Winter-Angebote

- Jackenzüge, aus braunem und blau. Cheviot in Nadelstreifen und meliertem Cheviot 36.— 22.50
- Sakkoanzüge in feinen modernen Streifenmustern 60.— 45.—
- Jackenzüge, Ersatz f. Maß, a. besten Stoffen, erstklassige Ausführung 95.—, 85.—, 75.— 69.—
- Sportanzüge, weiltellig, hochgeschlossenes Form, mit langer Hose 17.50
- Sportanzüge, dreiteilig, in grauen u. braunen Farben, flotte Form 34.—
- Sportanzüge, vierteilig, mit Breches und langer Hose 65.—
- Übergangs-Mäntel in großer Auswahl von Winterpaläto, marengo Cheviot mit Samtkragen 55.—
- Winterpaläto aus schwarzen Bakmestoffen in ein- und zweifelhiger Form 60.—
- Winterschlüpfer a. gemust. Flänschstoffen von Winterschlüpfer aus Fischgrät, Homespun und anderen Stoffen mit angewebtem Futter in bester Verarbeitung 85.—, 75.— 65.—
- Winterröcke, nach der neuesten Mode verarbeitet, mit Gurt und Falten, in verschiedenen Qualitäten und Ausführungen von 58.—
- Winterröcke, warm gefüttert, aus guten Lössen, in braun., grün., u. grauen Farb 24.— 21.—
- Winterröcke aus fest. Triklotoden in versch. Farben, gediegen verarbeitet 38.—, 30.— 27.—
- Leckermäntel in Boxer- und Raglanform, aus imprägniertem Stricklöden von 15.—

- Windjacken aus imprägn. Stoff, für Damen 8.50
- 9.50, für Herren in großen Nummern von 4.50
- Sport-Hosen, in Brechesform von 4.75
- Herrnhosen, gestreift, in gr. Auswahl von 4.25
- Herrn-Lederjoppen, i. flott. Sport., a. braun. Leder von 82.— an, aus schwarzem Leder, solide verarbeitet, von 65.—
- Damen-Lederjoppen, feine Sportform, aus gutem braunem Leder von 100.—
- Fahr- oder Automäntel aus braunem Nappaloder von 205.—
- Sportwesten für Damen u. Herren, schicke Formen, schöne Farben von 7.50
- Chauffeurmäntel aus grauem Duffel, mit warmem Futter und Aermelwindschutz von 65.—
- Chauffeuranzüge a. Cordet., Joppe u. Breches 42.—
- Chauffeuranzüge aus grauem schweren Cord, stabile Verarbeitung 90.—
- Knaben-Stoffanzüge, Gr. 0-6, Joppenfassung, hochgeschlossenes 5.90
- Knabenanzüge aus blauem Cheviot und kammgarnartigen Stoffen, in allen gangbaren Fassons, beginnend mit 9.50
- Burschenanzüge, Gr. 7-12, Sport- u. Jackottform in welcher Musterwahl, je nach Qual., Größe 7-9 22.—, 18.—, 14.— 12.50
- Knaben- und Burschen-Übergangsmäntel in geschmackvollen Dessins u. guter Verarbeitung, Gr. 3 von 7.50

- Knaben-Pyjaks, Gr. 0-6, warm gefüttert, Größe 0/3 13.50
- Manchester-Anzüge für Knaben Gr. 1-5, besonders preiswert 16.50
- Einsegnungs-Anzüge Größe 38-44
- Blaue Cheviotanzüge, haltbare Qualität, ein- und zweireihig 30.—, 25.—
- Blaue Anzüge aus kammgarnartigem Cheviot, gut verarbeitet 40.—, 38.—, 33.—
- Marengo-Anzüge in guter Qualität 38.—, 30.—
- Blaue Anzüge, Ersatz für Maß, aus gutem Kammgarncheviot 52.—, 46.—
- Blaue Anzüge in kleinen Gr. (7-10) 18.—, 14.—
- Prüfungs-Anzüge Größe 38-44 19.50
- Einzelne Anzüge
- Anzüge aus gestreiften, karierten und Homespunstoffen 29.—, 25.—
- Anzüge aus blauem, grauem u. grünem Cheviot m. Nadelstreifen, in guter Verarbeitung 33.—, 30.—
- Anzüge aus Stoffen besserer Qualitäten, reichhaltige Musterwahl 40.—, 35.—
- Anzüge, Kreativ für Maß, in schönen Mustern, aus sehr guten Stoffen, vorzügl. sitzend 52.—, 46.—
- Jünglings-Sportanzüge mit Brecheshose in vielen Qualitäten und Mustern von 21.—

Müts, Oberhemden, Krawatten, Handschuhe, Taschentücher, Unterwäsche, Hosensträger zur Einsegnung in großer Auswahl.

Gummi- und Gbardinmäntel für Herren und Damen in großer Auswahl fertig am Lager

Maßbekleidung in hervorragender Ausführung sehr preiswert

Baer Sohn & Co.

Eigene Kleiderwerke

Chausseestraße 29-30

In allen Abteilungen sind auch Qualitäten höherer Preislagen vorrätig

Der Versand nach Auswärts erfolgt in der polnischen Größtbestellen-Ausführung gegen Voranzahlung der Beträge zuzugl. 1.— M. für Porto u. Verpackung od. gegen Nachnahme

Die Berliner Vermisstenzentrale.

Der Fall Haarman hat neben vielen anderen Problemen das der Vermissten aufgerollt. Aus dem ganzen Reiche sollen sich 500 Eltern gemeldet haben, die in Verbindung mit dem Massenmörder nach ihren jungen Söhnen forschen. Allein Berlin hat sieben Fälle in Bearbeitung. Der Vermisstenzentrale Hannovers sind die schwersten Vorwürfe gemacht worden: sie soll die Suchenden zu leicht mit einer tröstenden Geste abgefertigt haben. Ohne die Zustände an Ort und Stelle zu kennen, ist es nicht möglich, sich ein Urteil zu erlauben: es ist aber der Vermisstenzentrale ergangen, wie es anderen staatlichen Organen sonst ergeht — und zwar durch Schuld dieser Organe selbst. Das breite Publikum weiß zu wenig von ihrer Tätigkeit. Die Polizei bedarf aber mehr als manche andere Behörde des Vertrauens der breiten Massen der Bevölkerung. Dieses Vertrauen fehlt aber ein Wissen um diese Tätigkeit voraus. Was stellt nun die Vermisstenzentrale dar? Welche Arbeit wird von ihr geleistet und welche Hindernisse hat sie zu überwinden. Wie groß sind ihre Erfolge und Mißerfolge? Das alles soll im Beispiel der Berliner Vermisstenzentrale so anschaulich als möglich vorgeführt werden.

Der Tätigkeitsumfang.

Die Berliner Zentrale befindet sich im Polizeipräsidium, parterre, gleich rechts, wenn man durch den Eingang Ecke Dirsch- und Brunerstraße eintritt. Ein Schaukasten mit Bildern unbekannt gebliebener Leichen von jung und alt, von Frauen und Männern, von Selbstmördern und von fremder Hand Ermordeter, Verunglückter und anderer mehr bildet gewissermaßen die Einführung. Früher hatten die einzelnen Polizeibezirke die Anzeigen entgegenzunehmen und die Recherchen zu machen. Da kam es vor, daß an einem Ende der Stadt eine Leiche aufgefunden wurde, während am anderen Ende ein Vermisster gemeldet wurde. Es verging stets eine geraume Zeit, ehe die Identifizierung erfolgte. Eine Zentralfstelle nach dem Beispiel Dresdens wurde in Berlin erst im Jahre 1918 ins Leben gerufen. Anfangs bestand ihre Aufgabe allein im Wiedererkennen der Leichen. Das Bedürfnis des Publikums machte aber

eine Erweiterung ihrer Tätigkeit notwendig. Die Meldungen über Vermisste, die bei der Auffindung von Leichen einliefen, führten zur Schaffung der eigentlichen Vermisstenzentrale, die nun nicht allein die Anzeigen aus Berlin, sondern auch aus ganz Preußen entgegennimmt: Berlin als Mittelpunkt des Verkehrs zieht unübersehbar die Menschen an. Waren es im Jahre 1921 etwa 2000 Meldungen, so stieg die Zahl für das Jahr 1923 auf 5000. Wie ermutigend aber die Inflation gewirkt hatte, beweisen die ersten Monate des Jahres 1924. Scheute man sich früher, mit dem sich leicht entwertenden Gelde, das oft heimlich den Behältnissen der Eltern entnommen wird, ohne Lebenswohl die Ferne zu suchen, so führte die Stabilisierung der Rentenmark, gepaart mit Arbeitslosigkeit, zu einer ungeheuren Steigerung der Reiseleust und somit zu einer erhöhten Inanspruchnahme der Vermisstenzentrale. Im Sommer treibt es selbstverständlich einen leichter hinaus. Das jugendliche Alter von 15 bis 19 Jahren überwiegt bei weitem die älteren Jahrgänge. Den 66 Proz. männlichen Geschlechts stehen 33 Proz. weiblichen gegenüber. 10 bis 50 Fälle laufen täglich ein. Da jeder einzelne Fall bearbeitet werden muß, so bedeutet das eine ungeheure Anforderung an die Arbeitsleistung der Abteilung. Die Leitung der Zentrale liegt in den Händen des Kriminalkommissars Bohmig; ihm zur Seite stehen neun Beamte.

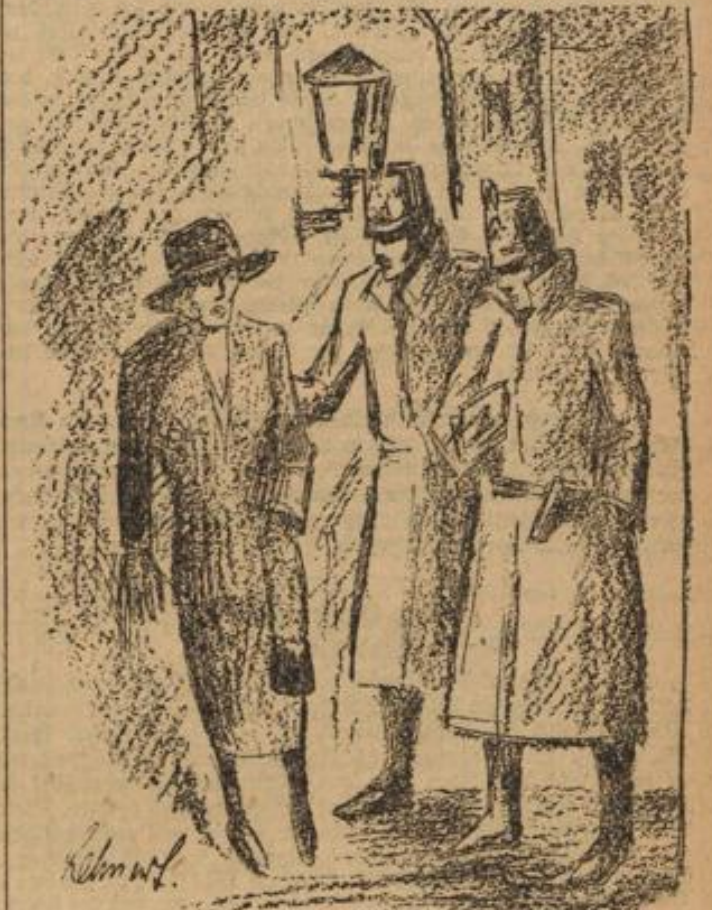
Anmeldungen und Fragebogen.

Der Schwerpunkt liegt im Befragen der Angehörigen; sie allein sind in der Lage, die nötigen Anhaltspunkte für die erforderlichen Nachforschungen zu geben. Um den Beamten diese Arbeit des Ausfragens zu erleichtern, liegen besondere Fragebogen vor, die alle möglichen Gründe für das Verschwinden der Angehörigen vorlegen: etwaigen Familienzwist, eheliche Untreue, Furcht vor Strafe durch Gericht, Schule und Elternhaus, Furcht vor Schande, z. B. bei außer-ehelichen Geburten. Es wird danach gefragt, ob der Vermisste sich einem lieblichen Lebenswandel oder der Trunksucht hingeeben, ob er nicht selbst Opfer eines Verbrechens geworden sein könnte, ob nicht die Möglichkeit des Selbstmordes vorliegt, ob er schon mehr als einmal aus dem Hause verschwunden ist u. dgl. m. Der Fragebogen geht so sehr ins einzelne, ist psychologisch so fein zergliedert, daß keine gewissenhafte Beantwortung durch die Angehörigen des Vermissten dem Beamten ohne weiteres wichtige Fingerzeige geben müßte. Nur zu oft wird aber die Tätigkeit des Forstenden durch falsche Angaben erschwert. Mutter und Sohn mögen wie Hund und Kacke miteinander geliebt, der Sohn einen lieblichen Lebenswandel geführt haben — in der Meldung wird er zum idealen, folgamen Jungen. Mann und Frau mögen bereit gewesen sein, einander die Augen auszutragen, die ganze Nachbarschaft mag gewußt haben, wie es um ihr Leben gestanden hat — die Frau schildert den Mann aber umgekehrt der Mann die Frau als Engel in Menschengestalt: es lag für den Betreffenden überhaupt kein Grund vor, vom Hause zu gehen. Und da soll der Beamte seine Nachforschungen ausüben? Wozu aber unter Umständen falsche Angaben führen, das erhellt auch der Fall Haarman: die Angehörigen der Ermordeten sollen davon Kenntnis gehabt haben, daß ihre Jungen homosexuellen Verkehr trieben, der Polizei gegenüber sollen sie aber diesen Umstand aus Scham und aus Angst verschwiegen haben.

Mittel und Wege zur Auffindung.

Welche Mittel stehen nun der Vermisstenzentrale bei ihren Nachforschungen zur Verfügung? Es wird zu allererst festzustellen versucht, welchen Anhang der Vermisste hatte, in welchen Lokalen er verkehrte, mit wem er befreundet war u. dgl. m. Eine genaue Beschreibung des Vermissten wird aufgenommen. Das Signalement wird auf einer besonderen Karte niedergeschrieben, deren Inhalt sofort mit den Karten verglichen wird, auf denen die Signalements von Leichen festgelegt sind, die vom Zeitpunkt des Vermisstseins des Angemeldeten aufgefunden wurden. Ebenso werden die Signalements der neu eingelaufenen Leichen mit denjenigen der Vermissten verglichen. Mit Hilfe des Ferndrucks werden sofort alle Polizeireviere

und durch besondere Meldungen die zwanzig größten Krankenhäuser Berlins benachrichtigt. Da passiert es nicht selten, daß die Vermissten sich schon am selben Tage einfinden. Es kommt auch vor, daß beim Registrieren der Neuanmeldung in der allgemeinen Registratur des Polizeipräsidiums der Gesuchte bereits aus dem einen oder anderen Anlaß — er kann während einer Razzia oder beim Begehen eines Verbrechens verhaftet worden sein — schon von irgendeiner Seite gemeldet ist. Findet sich der Gesuchte nicht sofort ein, so erhalten die Streifmannschaften entsprechende Notizen mit auf den Weg, unter Umständen wird auch die Sittenpolizei in Kenntnis gesetzt. Auf Wunsch werden auf Kosten der Angehörigen Säulenanschläge veranlaßt und als neues sind Kinostelldriefe und Rundfunk möglich



— beides ist allerdings noch nicht angewandt worden. Auch Veröffentlichungen in der Presse mit oder ohne Aussetzung von Belohnungen sind möglich. Von solchen Bekanntmachungen wird aber nur äußerst selten Gebrauch gemacht, da man sich der Schädigung des guten Rufes oder vor der Gefahr fürchtet, man könnte die Vermissten in den Selbstmord treiben. Die Namen aller Vermissten werden den Polizeibehörden im Zentralpolizeiblatt für Preußen und im deutschen Fahrdrungsblatt bekanntgegeben. Neben der rein schriftlichen indirekten Nachforschungsstätigkeit geht die direkte mündliche und persönliche vor sich. Sind Spuren vorhanden, so geben die Beamten ihnen sofort nach. Sie ziehen Erkundigungen bei den Freunden der Vermissten und ihren Bekehrten ein, suchen die Lokale, in denen die Betroffenen verkehrt haben, ab, setzen sich mit den Pflegenden in Verbindung, zu denen die jungen Menschen sich oft zurückbegeben,



Die Familie Frank.

Roman von Martin Andersen Nexö.
Übersetzt von Hermann Rin.

Aber Thorvald hatte die glückliche Gabe, das Beste aus allem zu ziehen.

Es schmeichelte ihn geradezu, für den schlimmsten Straßensänger der Stadt gehalten zu werden; und wenn Pfarrer und Schullehrer ihn lieber gehen als kommen sahen, so war er ihnen innig dankbar dafür und blieb fort.

Er war Prügel gegenüber ebenso abgehärtet wie der Vater und prahlte damit wie ein Sammler mit seinen Sammlungen. Sie waren in seinen Augen schlechtweg ein Zahlungsmittel; und er hatte ein recht gutes Schätzungsvermögen: soundso viel Hiebe für einen soundso großen Schurkenstreich. Es fiel ihm auch nie ein, sich um ehrlich verdiente Prügel drücken zu wollen: er war zu ehrliebend, Reue zu heucheln, und zu praktisch, der Strafe zu entlaufen und sich auf diese Weise in Schulden zu stürzen, die ihm bei seinem großen Umsatz leicht über den Kopf wachsen konnten.

Er verstand es auch recht gut, selber Prügel auszuteilen, und da der Drang zu gehorlamer Unterwerfung nicht nur die edelste, sondern zugleich auch eine der häufigsten menschlichen Eigenschaften ist, erzog er sich auf dieses Konio hin unter den anderen Knaben so manchen treuen Untertan, der seinem kleinsten Wink gehorchte.

Vorzugsweise gehörten diejenigen Knaben zu seinen eifrigen Bewunderern, deren Väter hinter ihm her gewesen waren — zum Beispiel der Theodor des Schultheißen und der Axel des Lehrers. Ihre treue Ergebenheit ihm gegenüber beruhte jedoch wohl kaum in erster Linie auf dem Bedürfnis, eigene Wege zu wandeln, als vielmehr auf der teuer erkauften Erfahrung, daß die Sünden der Väter sich auf die Kinder vererbten. Jedenfalls teilten sie ihr Taschengeld bereitwillig mit ihm.

So fand Thorvald sich mit dem Prügelssystem zu seinem eigenen Vorteil ab und wäre wohl der letzte gewesen, seine Abschaffung zu verlangen.

Doch eine tiefere Auffassung von der hohen Bedeutung dieses Systems als eines veredelnden Faktors hatte er trotzdem nicht.

Als Thorvald sich in seinem Versteck hinter einer Flur für vergewissert hatte, daß die Mutter ihn nicht verfolgte, schlug er den Kurs sofort nach dem Hafen ein.

Hier war der Tummelplatz der richtigen Jungen; und es dauerte nicht lange, so stieß er auf Vars Paulsen, einen Sohn des Hofnachts Jonas Paulsen. Vars rauchte aus einer kurzen Tonpfeife, die er mit der hohlen Hand verdeckte.

Thorvald und Vars waren dicke Freunde, obwohl sie an verschiedenen Stadenden zu Hause waren und folglich spinnenfeind hätten sein müssen.

Sie hatten sich ihre gegenseitige Freundschaft erkämpft — mit geballten Fäusten und erbitterten Stößen mit dem Holzhieb, und das Verhältnis beruhte bei beiden auf einem tiefen Respekt vor der Tüchtigkeit des anderen im Maulschellengeben.

Vars hatte dieselbe Größe wie Thorvald, war aber viel schwerer gebaut und mit größeren physischen Kräften ausgestattet. Er hatte eine viel langsamere Auffassungsgabe und besaß nicht Thorvalds glückliches Talent, mit der Geschwindigkeit einer Rahe die Situation zu überschauen und rücksichtslos alles zu seinem Vorteil zu benutzen.

Thorvald war wie seine Mutter stets kampfbereit, während Vars Zeit haben mußte, ehe er wütend wurde; und selbst dann war er weder sink noch rücksichtslos genug in seinem Angriff. Er trat seinem Gegner weder mit der Spitze des Holzhiebs zwischen die Beine, noch pflanzte er ihm die Knöchel auf die Augen, begnügte sich vielmehr damit, mit seinen schweren Fäusten gehörig um sich zu stoßen. Nur wenn er bei der Schlägerei unterlag, konnte er einen Anfall von Berserkerwut bekommen, und dann verließen ihn für eine Weile seine Trägheit und Rücksicht; er biß und heulte, schlug mit Steinen und warf dem ersten besten seine Holzschuhe an den Kopf — oder er zerstückelte sie gegen das Pflaster. Er blieb bei diesen Anfällen ganz und gar einem wilden Tier, und weder Hieb noch Schlag schienen Eindruck auf ihn zu machen.

Aber das alles geschah blindlings, und in seinen Brügelien mit dem stets kalblütigen Thorvald war er oft unterlegen. Es war denn auch die allgemeine Ansicht unter den Knaben, daß die beiden gleich stark seien.

Einen unverkennbaren Vorzug hatte Vars jedoch; er laute Tobal. Allerdings hatte er dafür wieder eine unglückliche Eigenschaft: er, der zum Berserker wurde, wenn er selber Prügel bekam, brüllte auch stets, wenn er einen anderen Knaben vertrieb.

Vars war ein ebenso ausgeprägtes Arbeitsstier wie Thorvald, ein richtiger Vagabund, und man sagte von ihm, er habe für sich selber gesorgt, seitdem er gelernt hatte, sich die Hosen zuzutüpfeln.

Es ging mit den beiden Kameraden wie zwei jungen

Hunden verschiedener Rasse, die immer zusammen sind — jeder von ihnen übertrug seine Fertigkeiten auf den anderen.

Vars lernte von Thorvald trinken, lange Finger machen und zusammenhängende Lügen auszuspinnen, lauter Dinge, die seiner eigentlichen Natur zuwider waren. Dafür lernte er Thorvald, Zufallsdienst im Hafen und bei den Räucherereien zu ergattern, sich mit den verschiedensten Arbeiten abzugeben und sie ordentlich auszuführen — lauter Dinge, die eigentlich nicht Thorvalds natürlichen Anlagen entsprachen, die er sich aber nichtsdestoweniger aneignete.

Auf diese Weise schliffen sie sich aneinander ab und entgingen den Gefahren einer allzu einseitigen Entwicklung der angeborenen Anlagen.

Sobald Vars Thorvald erblickte, sprühte er einen ungewöhnlich dicken, schwarzen Strahl Kautabakflüssigkeit zwischen den Vorderzähnen hervor und rief:

„Hast du Roneten?“

Thorvald quittierte über die Brählerei mit dem Kautabal durch ein durchdringendes Jungenschmalzen — das war seine Spezialität — öffnete den Mund mit höchst gelangweiltem Ausdruck und erwiderte gähnend:

„Nein, ich hab' weiß Gott keine!“

Sie gingen zusammen über den Hasenplatz, die Hände in den Taschen, mit schlaffen Schultern und derben Schritten wie die Fischer.

„Gestern war Geld im Lande,“ sagte Thorvald mit tiefer Stimme. „Die Alte schickte mich einen Sack mit Spänen holen, und da habe ich zuerst zwei Säcke in der Stadt verkauft — das machte gleich fünfzig Der. Aber dann traf es sich so verflucht, daß ich keinen Sack mehr zusammentriebte, und die Alte war ordentlich wütend, als ich nach Hause kam und nichts im Sack hatte. Aber ich glaub' doch nicht, daß sie Lunte gerochen hat, denn natürlich war ich in der Stadt herumgerannt und hatte gesucht und mich nicht getraut, nach Hause zu kommen, siehst du!“

Vars nickte verständnisvoll.

„Aber gestern abend konnt' ich dich nicht finden, und da haben wir, Rasmus und ich, uns Chinesen und Kröten für das Geld gekauft und sie in Stines Schlüffeloch abgebrannt. Du hättest dabei sein sollen.“

„Ich habe den ganzen Tag im Bett gelegen, hab' ein Geschwür in dem einen Fuß,“ erwiderte Vars mit tiefem Ernst. Er hatte das Bedürfnis, sein Aussehen zu rechtfertigen, wünschte aber nicht bekanntzugeben, daß er seine kleine Schwester gemartet hatte.

(Fortsetzung folgt.)

suchen die Orte auf, wo der Vermittler sich am wohlsten gefühlt hat — denn dort, umringt von Erinnerungen, geht der Selbstmörder besonders gern in den Tod.

Die Fluchtgründe.

Die Gründe für das Verlassen der Angehörigen sind mannigfaltiger Natur. Bei Kindern ist es oft ein Drang zum Logabwandern, der unter der Bezeichnung Deomanie bekannt ist. So ist wie ein Zwang, der unumkehrlich forttreibt. So hat die Berliner Vermittlungszentrale einen sehr vierzehnjährigen Jungen, der fünfzigmal im Laufe von fünf Jahren das Elternhaus verließ, immer wieder zurückbringen müssen. Einmal ist es ihm sogar gelungen, selbst durch den polnischen Korridor nach Danzig davonzuweichen. Nun ist er in einer Erziehungsanstalt untergebracht. Während dieser Jahre zu Hause liebevoll behandelt wurde, schickte in einem anderen Falle, der einen elfjährigen Jungen betrifft, der zwölfmal aus dem Hause entwich, die Erziehung vällig. Gerade solche Kinder gewöhnen sich oft früh an das Umherstreifen. In einem späteren Alter kommt die Abenteuerlust zum Durchbruch. Bierzehn- bis Sechzehnjährige verlassen das Elternhaus, um sich die Großstadt anzusehen, um Schiffsjungen zu werden oder nach Amerika zu gehen; in Hamburg werden darunter junge Menschen auf dem Bahnhofs von besonderen Jugendfürsorgern aufgefangen. Das Verlassen des Elternhauses durch Jugendliche, selbst aus wohlhabenden Kreisen, hat in der letzten Zeit besonders zugenommen; die Familienbande haben sich nach dem Kriege mehr als früher gelockert, die Arbeitlosigkeit führt zu Familienzwistigkeiten, der junge Mensch verliert aus Mangel über die Barmherzigkeit, die ihm oft ungeschicklicherweise gemacht werden, das Haus, ohne sich zu verabschieden, begibt sich auf die Straße, in der Hoffnung, Arbeit zu finden. Altersschwache Menschen treiben es aus dem Hause, ohne daß sie den Weg dahin zurückfinden; Spielstiller gehen los, von Dämmerzuständen befallen; Ehegatten oder Töchter und Söhne, die den häuslichen Pflichten nicht mehr ertragen können, junge Mädchen und Frauen, die auf Abwege geraten sind, verlassen ihr Heim. Es bedarf oft der größten Geduld, um der leicht begreiflichen Ursache der Verwundung zu begegnen. Es kommt auch vor, daß die Polizei auf Wunsch der Vermittler selbst den Angehörigen die Auskunft über deren Wohnort verleiht; Ehegatten wollen nicht zurück, mündige Kinder verweigern ihre Adresse den Eltern. Hier wird gewissermaßen der Polizei das professionelle Geheimnis zur Pflicht.

Die Vermittlungszentrale ist ein Sammelbecken der sozialen Konflikte und Schäden, die den inneren und äußeren Menschen umlauern. Zwischen dieser Sammelstätte der Vermittler, Vermittlungszentrale und der anderen Sammelstätte der Verlorenen, dem Hof für Obdachlose, gibt es mannigfaltige Berührungspunkte. Beide sind vielleicht die sprechendsten Belege für die soziale Krankheit unserer Zeit.

Der Geriebene.

Ein Straßenbettel als Fürst.

„Fürst Sapieha“ stand wieder vor der 3. Strafkammer des Landgerichts 1, da er gegen das auf 2 Jahre 4 Monate Zuchthaus lautende Urteil bezüglich des Strafmahes Verurteilung eingeklagt hatte. Fürst Sapieha ist ein Abenteurer und Hochstapler. In Wirklichkeit soll er der Knecht Stanislaus Bog aus Stallupönen, geboren 1887 in Warschau, sein, der sich später mit Straßenbettelerei befaßte. Der Angeklagte hat jedoch diesen Namen eine Zeitlang zu Unrecht geführt. Zu dem Titel will Bog dadurch gekommen sein, daß er während des Krieges sich den bei ihm vorgefundenen Militärpapier eines Landsturmmannes W o n angeeignet habe, um aus der Internierung entlassen zu werden und sich in Berlin aufhalten zu können. Als er hier auftauchte, legte er, um keinen Unbehagen zu machen, ein Militärpapier vor, das auf den Militäringenieur Fürst Sapieha ausgefüllt war, im übrigen aber der Persönlichkeit des Bog entsprach, nur daß aus Warschau in Polen, Warschau in Amerika gemacht worden war. Ferner zeigte er im Bedarfsfalle eine Photographie, die ihn als Hufarenritmeister darstellte. Einem Rechtsanwalt gegenüber gab er sich als Dr. jur. Fürst Sapieha und als Bruder des ehemaligen polnischen Ministers Fürst Sapieha aus. Seiner Geliebten, einer Gostwiner, gab er den hochklingenden Namen Prinzessin Eleonore Sapieha v. Kuthenien, Schluß Ruffland, und verstand es, zwei uneheliche Kinder als Fürst Sapieha auf dem Standesamt anzuerkennen. Das Mädchen wurde dann in Danzig im Jahre 1923 festgenommen und nach Berlin gebracht. Die Verurteilung vom Straßenbettel zum Fürsten hatte den Zweck, in gute Kreise zu kommen und Betrugereien ausführen zu können. So gründete er die Verlehrs- und Immobilienbank und unter diesem Decknamen verlor er es, mehrere Grundstücke zu verkaufen, die ihm nicht gehörten. Die Gelder, darunter mehrere Schatz, steckte er in seine Tasche. Auf Grund dieser Vorgänge hatte ihn der Richter zu der obigen Strafe verurteilt. Auch in der gestrigen Verhandlung hielt der Angeklagte seine Unschuld für einen angeblichen fürstlichen Abkunft aufrecht. Seine Unschuld behauptete sich teilweise zu einem unterhaltlosen und verurteilten Mann mit dem Vorhingen. Das Landgericht sah auch die Sache milder an, da es der starken geistigen Minderwertigkeit des Angeklagten, der übrigens fließend französisch und italienisch spricht und auch die lateinische Sprache beherrscht, Rechnung trug. Es ermäßigte das Urteil auf zwei Jahre Gefängnis.

Republikanische Rundgebung in Tempelhof!

Am Dienstag, den 2. September, abends, fand eine eindrucksvolle Verbandsversammlung im überfüllten Saal des Wilhelmstempels in Tempelhof statt. Das Referat hielt der Thüringische Ministerpräsident, A. D. Bröltz, welcher u. a. anführte, daß die Deutsche Republik nach sechsjährigem Bestehen immer noch nicht befestigt ist. Im Gegenteil, daß starke Kräfte am Werke sind, den Bau der Republik wieder zu härgen. Um derartige reaktionäre Rückschläge zu vermeiden, wie sie 1918 eingetreten sind, müssen sich die Republikaner im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zu einem unüberwindlichen Wall zusammenschließen. Die Rede wurde mit tosendem Beifall immer erneuertem Beifall aufgenommen. Kamerad Schneider vom Gauverband unterstrich durch

einen tuchtigen Appell, auch die Reihen des Reichsbanners in Tempelhof auszufüllen. Die Ausführungen des Referenten, zahlreich beifällig aufgenommen, waren das Ergebnis der Kundgebung.

Ein Schurkenstreich.

Kommunisten helfen Sozialisten abbauen!

Durch einen ganz gemeinen und hinterlistigen Streich wurde es den Kommunisten in der gestrigen Bezirksverordnetenversammlung in Köpenick um ein Haar gelungen, den Abbau eines sozialistischen Bezirksamtmitgliedes zu erreichen. Dieser oftstündige Vortrag an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung Köpenicks darf den Kommunisten niemals vergessen werden.

Der letzte Punkt der Tagesordnung bezog sich auf den Abbau eines Bezirksamtsmitgliedes zu erfolgen. Die Kommunisten, die bisher sich immer gegen den Abbau sozialistischer Bezirksamtsmitglieder gewandt haben, wandten hier in Köpenick zum erstenmal eine neue Taktik an. Sie verließen den Sitzungssaal und verhielten sich ihren deutschen Freunden vom Bürgerblock zu einer unerschrockenen und unerschrockenen Majorität in der Versammlung. Mit Freuden geheul verließen die Bürgerlichen dieses Ganges sofort auszugehen und wählten, um ja die günstige Gelegenheit nicht vorbegehen zu lassen, sofort in derselben Sitzung den Abbau beschließen. Da die Bürgerlichen bekanntlich gerichtlich mit nach „schönen“ Gesichtspunkten vorgehen, so hätten sie dank dieses schändlichen Verrats der Kommunisten Gelegenheit gehabt, den Abbau eines sozialistischen Bezirksamtsmitgliedes zu beschließen. Fürs erste machten unsere Genossen ihnen aber einen Streich durch die Rechnung und führten die Beschlußfähigkeit der Versammlung herbei. Es muß sich zeigen, ob die Kommunisten in der nächsten Sitzung wirklich diesen unerschrockenen Arbeitererrat fortsetzen wollen. Die Arbeiterschaft hätte nur das vor Schadenfreude strahlende Gesicht des Bürgerblockführers sehen sollen, dann würde sie jedenfalls niemals mehr einem einzigen Kommunisten zu einem Mandat verhehlen.

Müggelheim und Hefenwinkel bekommen Autobusverbindung!

In der gestrigen Köpenicker Bezirksverordnetenversammlung konnte der Vorsitzende des Bezirksamts Genosse Kohl in Beantwortung einer Anfrage über die Verkehrsverhältnisse im Köpenicker Bezirk erfreuliche Mitteilungen über unmittelbare bevorstehende Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse machen. Der Reichsrat hat beschlossen, zwei Autobusverbindungen im Bezirk einzurichten. Die eine soll vom Schloßpark Köpenick mit einer Fahrtdauer von 20 Minuten nach Müggelheim gehen. Der Fahrplan wird voraussichtlich eine halbstündliche Verbindung vorsehen. Die andere Verbindung soll von Hefenwinkel über Wilhelmshagen nach Friedrichshagen gehen. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Verhandlungen betreffend Uebernahme der sogenannten Schindwiler Ueberbahn von Grünau nach Schindwiler vor dem Abschluß stehen. Dann kann der Anschlag dieser Bahn an das städtische Straßenbahnnetz erfolgen, was für die Bevölkerung eine Verbesserung bedeutet und sicher eine Ermäßigung des jetzt sehr hohen Fahrpreises von 35 Pfg. mit sich bringen wird.

Wie Akten verschwinden.

Ein Gegenstück zu dem Fall Bernotat.

Der Kaufmann und Privatbevollmächtigter Bernhard Entner war, wie feinerzeit mitgeteilt worden war, vom Schöffengericht wegen Anklage zur Altersbeseitigung zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt worden, während der Aktenklage, Kriminalassistent Willi Graber, der als Beamter bei der Eisenbahnverwaltung der betreffenden Akten gehalten haben soll, freigesprochen wurde. Gegen dieses Urteil hat die Verteidigung sowohl als auch der Staatsanwalt Berufung eingelegt, die jetzt vor der Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wird.

Gegen einen gewissen Beigel, einem Ausländer, schwebte ein Ausweisungsbefehl. Sein Sohn hatte sich an den ihn bekannten Entner gewandt und ihm kein Leid gekostet. Dieser hatte sich nun bereit erklärt, den Ausweisungsbefehl gegen Zahlung von damals 2 Millionen Mark verschwinden zu lassen. Nach nachfolgender Hinholung zeigte er dem Sohn des Beigel die Ausweisungsgeld seines Vaters und daraufhin wurden ihm die 2 Millionen Mark ausgehändigt. In diesem Moment wurde die Geldsumme verhaftet, da sie als verdächtig beobachtet worden war. So war offensichtlich, daß ein ungetreuer Beamter die Hand im Spiele gehabt haben mußte, obwohl sich Entner weigerte, einen Namen zu nennen. Es wurde jedoch angenommen, daß der ungetreue Beamte der zweite Angeklagte war, weil dieser in der Ab-

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 4. September.
Tageszeitung Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorbereit. Nachm. 12.35 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.
4.30—5.30 Uhr: Unterhaltungsmusik (Bork. Funkkapelle).
5.45 Uhr: Sprachunterricht (Sozialisch). 8.30—10 Uhr: abends: Zum 100. Geburtstag Anton Bruckners. 1. Der Himmelmusikant (Ein Lebensbild) Dr. Felix Günther. 2. Ans. „Gloria Anton Bruckner“, E. Lissauer. (Rezitation) Julius Brandt, Oberpiellotter am Großen Schauspielhaus, Berlin. 3. Scherzo aus der 4. Sinfonie, A. Bruckner, Fritz Wenzel (Schlöndorfer-Meistertanz). 4. Aus Bruckners Briefen. (Rezitation) Julius Brandt, Oberpiellotter am Großen Schauspielhaus, Berlin. 5. Adagio und Scherzo aus dem Streichquartett, A. Bruckner. Franz Veit. 1. Konzertmeister des Berliner Philharmonischen Orchesters. (I. Violino), Alfred Grappner (II. Violino), Willi Köber (Bratsche), Walter Schulz (Cello), Ernst Perlmutter (Kontrabaß). Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten.

teilung I A des Polizeipräsidenten mit derartigen Akten zu tun hatte und auch mit Entner gut bekannt und mit diesem zusammen persönlich in Dänien gesehen worden war. Entner besitzt nun, sich überhaupt strafbar gemacht zu haben. Er habe nur die Absicht gehabt, den beiden die Akten zu zeigen, damit Beigel sehe, daß in seiner Sache etwas gefahren sei; daraufhin seien ihm die 2 Millionen Mark gezahlt worden. Die Akten habe er von einem Beamten vor dem Polizeipräsidenten erhalten, und er habe sie am nächsten Tage diesem wieder zurückgeben wollen, damit der Beamte sie wieder an Ort und Stelle legen konnte. Auch Graber bestritt, sich irgendwie schuldig gemacht zu haben, obwohl festgestellt worden war, daß er zu einer ungewöhnlichen Zeit im Polizeipräsidenten gesehen worden war. Er wurde auch, wie erwähnt, freigesprochen. Zu der letzten Verhandlung sind u. a. auch eine Reihe von Kriminalkommissaren als Zeugen und außerdem noch zahlreiche andere Zeugen geladen worden, so daß für die Verhandlung zwei Tage freigelegt worden sind. Wir werden das Urteil mitteilen.

Silberkavaliere.

Großer Diebstahl bei Herrn von Hindenburg.

Eine höchst unangenehme Ueberraschung wird die Familie des Rittmeisters von Hindenburg und Benaenderoff in Altdorf, die zurzeit verreiselt ist, bei ihrer Rückkehr erleben. Silberdiebe haben in der Abwesenheit der Besitzer eine große Riste, die bis zum Rand mit schwerem Tafel- und Familien Silber gefüllt war, geplündert. In Abwesenheit der Herrschaft waren die beiden Hausmädchen Hüterinnen des Hauses. Sie hatten auf oberirdischen Spaziergängen mehrere Kavaliere kennengelernt, die es verstanden, sie gut zu unterhalten. Eines Abends wurde die eine von ihrem Herrn in das Café Vaterland bestellt. Willigheit hatte sie die Riste, in der das Silber während der Abwesenheit der Herrschaft zusammengepackt war, aus den oberen Räumen zu sich in ihr Zimmer genommen und unter den Tisch gestellt. Dann ging sie ihrer Verabredung nach. Da sie verließ war, kam sie sehr bald wieder nach Hause und fand zu ihrem Schrecken, daß die Riste unter dem Tisch verschwunden war. Auch die Kavaliere ließen sich nun nicht mehr blicken. Ohne Zweifel haben sie die Gelegenheit ausgenutzt und kommen als Täter in Frage. Es wurde kostbares Tafel Silber und altes Familien Silber gestohlen. Ein Teil der Sachen trägt das Monogramm L. v. H., ein anderer trägt das Hebräer Wappen. Die Mädchen können nur noch sagen, daß die „Kavaliere“ im Alter von 30 bis 40 Jahren gestanden. Genauere Beschreibungen können die Mädchen deshalb nicht machen, weil sie die Herren nur im Abendlicht gesehen haben. Die Höhe des gestohlenen Wertes läßt sich auch hier noch nicht feststellen, weil die Herrschaften noch nicht wieder zurückgekehrt sind.

Ein neuer Kindererholungsplatz in Johannisthal.

In Johannisthal konnte am Mittwoch ein neuer Schmutz- und Spielplatz der Öffentlichkeit übergeben werden. In der Spitze, die Bismarckstraße und Kaiser-Wilhelm-Straße umschließt das Rathaus bilden, lag ein vernachlässigtes Grundstück, das die frühere Dienstverwaltung im Wege der Substation im Jahre 1919 an sich brachte. Nach der Eingemeindung wurde beschlossen, hier einen Erholungsplatz für Kinder und Erwachsene zu schaffen, und der Magistrat gab seine Einwilligung dazu. Der Gartenbaudirektor Horwich entwarf den Plan zur Anlage, und das Treppenbauamt führte die Arbeiten aus. Bei ihrem jetzigen schönen Aussehen erscheinen die Grünflächen mit ihrer Rasenumfassung fast zu schade, um zu einem Turnplatz für die Kinder zu werden. In wohlüberlegter Berechnung schließt sich der neu geschaffene Platz den Schmutzanlagen vor dem Rathaus an und bildet mit diesen ein einheitliches Ganze. Stadtrat Steuer, als Vertreter des Gartenbauamtes, übergab den Platz an die Dienstverwaltung und der zweite Bürgermeister, Stadtrat Bernotat, nahm ihn als Vertreter derselben in Empfang. Wägen die Bewohner Johannisthals, besonders die Kinder, diese reizende Anlage in ihrem Werte würdigen und nicht zerstören, was mit Mühe und unter großen Schwierigkeiten geschaffen wurde.

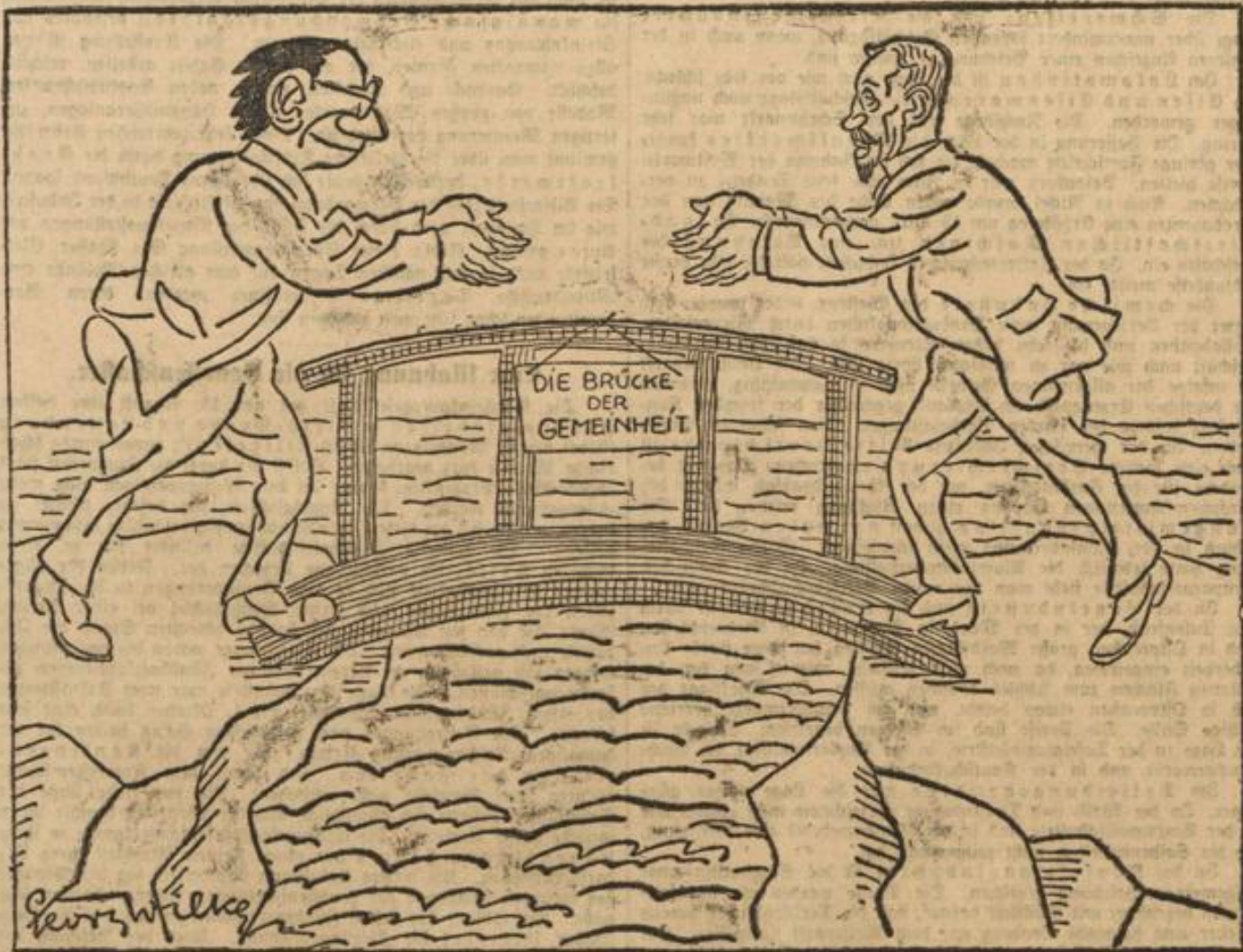
Wüste Szene in einem Straßenbahnwagen.

Gegen 2 Uhr nachts kam es am vergangenen Dienstag in der Nähe des Köpenicker Bahnhofes in einem Straßenbahnwagen der Linie 9 zu einer Baul unter den Fahrgästen. Der 23 Jahre alte Kaufmann Max W., der offenbar zu viel getrunken hatte, verlor ohne jede Veranlassung, einen anderen Fahrgast durch eine große Seitenleiste auf das Straßenpflaster zu werfen. Dabei wurde die Leiste zertrümmert und dem Ueberfallenen der Arm gerissen. Bei der sich nun entwickelnden Schlägerei ging eine zweite Glasleiste in Trümmer, und nur mit vieler Mühe gelang es, den Tobenden zur Wache zu bringen. Hier vollführte W. einen derartigen Lärm, daß er gefesselt werden mußte.

Schantruppen oder Truppenschau?

Von einem Unternehmer geht uns das folgende merkwürdige Schreiben zu: „Am findet bei seit längerem Jahren zum ersten Male wieder bei Berlin eine Parade statt. Es nahmen daran teil Truppen aus dem Bezirk des Wehrkreises III. Paradezug wird mittags gegen 12 Uhr von dem Chef der Heeresleitung, General v. Seckl, abgenommen. Gegenüber dem Standplatz des Paradeabnehmenden ist eine Tribüne gebaut, für die Karten zum Preise von . . . (einschließlich Steuer) ausgegeben werden. Es empfiehlt sich, möglichst umgehend Karten zu besorgen, da die Anzahl der Plätze beschränkt ist. Durch Einlegung von Sondergütern nach St. und durch Verkehrsmitel vom Bahnhof St. zum Paradeplatz (Eisenbahn und Autos) ist Sorge getragen, daß das Publikum den Paradeplatz erreicht.“ Die Orts- und Preisbestimmungen haben wir ausgelassen, weil sie der Reklame des Unternehmers dienen sollen. Wenn sich die Heeresleitung schon dafür verantwortlich macht, daß eine Truppenschau notwendig ist, so sollte doch alles vermieden werden, was den Eindruck erwecken könnte, daß alles wieder beim alten ist“ und daß die Truppenschau zur Schauellung der Truppen wird.

Ein Stadtarzt schreibt uns: „Odol“ übertrifft als prophylaktisches Mundwasser weit alle bisher gebrauchten, von Spezialisten und Nichtspezialisten angepriesenen Zahnpulver und Mundwässer. Selbst Kalium permanganicum steht in seiner Wirkung dem „Odol“ nach. Denn abgesehen davon, daß übermangansaures Kali nach monatelangem Gebrauche den Zahnschmelz angreift und ihn brüchig macht, werden die Zähne nach jedesmaligem Gebrauche unangenehm braungelb gefärbt, welches Kolorit stundenlang anhält. Diese Nachteile werden beim „Odol“ vermieden. Kein Mundwasser oder Zahnpulver vermag in so kurzer Zeit den höchst lästigen foetor ex ore (übler Mundgeruch) zu verbannen wie das „Odol“.



„Wenn uns auch Meerestiefen von den Kommunisten trennen, so ...“
Abg. v. Gracfe im Reichstag 27. August 1924.

Preußens Verwaltung vor dem Hauptauschuß. Severing gegen deutschnationale Angriffe.

Der Hauptauschuß des Landtags begann am Mittwoch die Vorberatung des Haushalts des Ministeriums des Innern. Abg. Heilmann (Soz.) sprach als Berichterstatter den Wunsch auf Neuorganisation der Amtsblätter aus, daß sie in Wirklichkeit Organe der Regierung würden. Er regte ferner den Abbau der Postämter, namentlich Oesterreich gegenüber, an, fragte, ob der Minister den Regierungsdirektor Dr. Weiß, der auf Grund der Vorgänge in der russischen Handelsvertretung vom Amt entbunden wurde, dauernd aus dem Staatsdienst entfernen wolle. Abg. Dr. Regenborn (Dn.) übte eine scharfe Kritik an der Personalpolitik des Ministers des Innern und führte eine Reihe von Fällen an, um zu erweisen, daß der Minister die Stellen nicht nach Geeignetheit, sondern nach der politischen Zugehörigkeit der Bewerber befüllt. Er suchte nationale Regungen im Lande zu unterdrücken. Daher würde diesem Minister der schärfste Kampf der Deutschnationalen gelten. Besonders standhaft sei der Fall Barbusse in Greifswald, dem als französischer Kommunist gestattet worden sei, in Greifswald zu sprechen. Abg. Dominicus (Dem.) wünschte möglichst schnelle Wiederbesetzung der inneren Verwaltung im besetzten Gebiet.

Minister Severing

hielt eine Besprechung mit den leitenden Beamten im besetzten Gebiet zuerst noch nicht für fruchtbringend, erklärte aber, daß er persönlich am Sonntag ins Rheinland fahren werde. Im Beamtenabbau sei das Ziel erreicht worden. Ein weiterer Abbau sei nicht mehr möglich. Ob und inwieweit im besetzten Gebiet noch Abbaumaßnahmen zu treffen seien, unterliege der Prüfung. Man müsse hier vorsichtig sein. Mit der Beschäftigung von Assessoren in Gewerkschaften und Genossenschaften habe man sehr gute Erfahrungen gemacht; augenblicklich sei diese Beschäftigung bei dem knappen Personalbestande nicht mehr möglich. Man werde, sobald das tunlich sei, auch den Wünschen der Arbeitgeberverbände auf Beschäftigung von Assessoren bei diesen Rechnung tragen müssen.

In bezug auf den Anschluß von Schaumburg-Lippe und Detmold an Preußen habe ein Volksentscheid in Schaumburg-Lippe eine Mehrheit für den Anschluß ergeben.

Der Erlaß über das Verbot von Versammlungen und Umzügen stamme nicht von ihm, sondern vom Reichsinnenminister Jares. Die Länder seien nur ermächtigt, Ausnahmen zuzulassen, wenn diese Zulassung im allgemeinen Interesse erwünscht sei. Hiernach sei er stets verfahren. Die Ludendorff-Kundgebung in Tilsit habe er schon deshalb verbieten müssen, weil in dem Aufruf provokatorisch gefaßt worden sei, der Umzug werde mit oder ohne Genehmigung des Herrn Severing oder Oberst stattfinden. Die genehmigte Lauenberg-Fest sei würdig verlaufen; es sei ihm aber auch hierfür vorher eine ausreichende Bürgschaft gegeben worden. Gegen den deutschnationalen Abg. Wormitt habe er Beleidigungsvorlage angestrengt, weil dieser ihm in einem Artikel in der „Ostseezeitung“ Landeserrat vorgeworfen habe. Der Landrat Bülow in Franzburg in Pommern, gegen den sehr schwere Angriffe erhoben seien, sei bis zur Klärung beurlaubt; nach Franzburg werde er nicht zurückkehren.

Im übrigen könne er versichern, daß die gute Beurteilung sozialdemokratischer Landräte durch ihre bürgerlichen Vorgesetzten in hohem Maße zu den Angriffen der deutschnationalen Presse stehe.

Zu dem Fall Barbusse in Greifswald erklärte der Minister, daß er persönlich den Wunsch habe, daß das Auswärtige Amt bei der Erteilung von Reiseerlaubnissen vorsichtiger sei. Nachdem die Einreiseerlaubnis erteilt sei, habe er eine kleinere Stelle. Wenn man einem Ausländer dem Wunsch des Auswärtigen Amtes entsprechend die Gelegenheit zum Reden gebe, so habe die Polizei die Verpflichtung, die Versammlung gegen alle Ruhestörer zu schützen. Das sei geschehen. Auf Beherlichungen, namentlich gegenüber Oesterreich, habe das preussische Innenministerium beim Reich bereits eingewirkt. In bezug auf seinen Erlaß über die Genehmigung von Versammlungen, öffentlichen Umzügen usw. könne er mitteilen, daß der heutige bayerische Ministerpräsident wie der bayerische Minister des Innern jetzt einen Erlaß her-

ausgegeben hätten, der sich im wesentlichen mit dem preussischen Erlaß vom Jahre 1920 decke. Zu der Auffassung der Rote an Rußland wegen der Borgänge in der Handelsvertretung sei zu seinem Bedauern das preussische Innenministerium nicht hinzugezogen worden. Mit dem Wortlaut gegen die Polizei sei er nicht einverstanden. Er habe bei seinen Maßnahmen Rücksicht auf die Außenpolitik des Reichs zu nehmen. Der vertriebene Regierungsdirektor Dr. Weiß solle in absehbarer Zeit eine Stellung im Staatsdienst erhalten, die seiner Befähigung und seinen Wünschen entspreche. — Staatssekretär Reiser teilte mit, daß bis jetzt die Einreiseerlaubnis 646 Kommunalbeamten und 21 unmittelbaren Staatsbeamten nicht erteilt worden sei. Preußen werde mit allem Nachdruck dahin wirken, daß die allgemeine Verwaltung im besetzten Gebiet möglichst bald wieder voll auf Preußen übergehe und dann ordnungsgemäß arbeite.

In der weiteren Aussprache gab Abg. Schubert (Soz.) dem Minister recht in seinem Verhalten hinsichtlich des Verbots vaterländischer Feiern und in seinem Erlaß über die Verfassungsfeier. Er mahnte deutschnationalen die Schuld zu, daß ihre Politik zum Ruhebruch geführt habe. Abg. v. Campé (Dn.) lenkte die Aufmerksamkeit des Ministers auf die Verzögerung der Räumung Dortmunds, die offenbar später erfolgt als die Bevölkerung nach den ersten Veröffentlichungen habe annehmen können. Der Redner behauptete ferner, daß bei Annahme des Damesgutadens die preussischen Stimmen im Reichsrat wiederum nicht einheitlich abgegeben seien, sondern daß zwei Vertreter Ostpreußen und Pommern, dagegen gestimmt hätten. Damit sei erneut die Berechtigung für die Bestrebungen der Deutschen Volkspartei erwiesen, die Bestimmungen der Verfassung zugunsten einer einheitlichen Stimmabgabe zu ändern. Scharfe Bedenken erwecke der Erlaß des Ministers wegen zwangsweiser Teilnahme der Beamten an den Verfassungsfeiern. Kritik fordere weiter heraus der Erlaß des Ministers des Innern über die Teilnahme von Beamten an vaterländischen Verbänden. Der Redner rügte ferner, daß bisher 177 Außenleiter in die innere preussische Verwaltung aufgenommen seien. Er fragte, ob heute noch sogenannte Beigeordnete bei den einzelnen Behörden vorhanden seien und wie sich deren Verbleiben dem Abbau gegenüber rechtfertige.

Minister Severing

erklärte, daß Preußen mit allen Mitteln auf schnelle Räumung von Dortmund und der anderen Gebiete dränge; er hoffe, daß das Auswärtige Amt die Wünsche Preußens durchsetzen werde. Die Verfassungserweiterung müsse den geeigneten Boden für die Volksgemeinschaft abgeben. Allerdings hätte der einschlägige Erlaß kürzlicher abgefaßt werden können. Hierzu habe er nahegelegt, nicht Ehrenpräsident des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu werden. Der Minister gab an, daß beim Polizeipräsidium Berlin an sogenannten Beigeordneten noch drei in Magdeburg und Kiel noch je einer vorhanden seien; er glaube deren Unterstufung in der kommenden schweren Zeit nicht erübrigen zu können. Auf die Frage des Vorredners über das Ergebnis der Hausausungen im Landtage bei der kommunistischen Fraktion erwiderte der Minister, daß nach Mitteilung des die Unterführung führender Richters sich wertvolle Fingerzeige ergeben hätten, welche Fäden aufdeckten, die zu der kommunistischen Partei und verschiedenen Attentaten, insbesondere dem von Potsdam, laufen. Außenleiter würde man nie ganz vermeiden können, so würde es immer wertvoll sein, bewährte Kommunalbeamte in die innere Verwaltung zu übernehmen.

Am Donnerstag wird die Vorberatung des Haushalts des Innenministeriums fortgesetzt.

Der englische Gewerkschaftskongress.

Abfuhr der Bolschewisten.

London, 3. September. (Eigener Drahtbericht.)

Der englische Gewerkschaftskongress in Hull hat am Mittwoch die Erklärung über die Grundrechte der Arbeiter angenommen. Darin ist vorgesehen die Verstaatlichung des Grund und Bodens, der Bergwerke und der Eisenbahnen, ferner Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Pensionsberech-

tigung aller Arbeiter vom 50. Lebensjahre an, die 48-Stundenwoche und die gesetzliche Festlegung von Minimallöhnen. Durch eine Entschließung wurde dem Generalrat der Arbeiterpartei das Recht der Einmischung in Arbeiterkämpfe ausgesprochen, während bisher sein Interventionsrecht auf die Fälle beschränkt war, in denen seine Vermittlung angerufen worden ist. Die Diskussion über die Frage der internationalen Zusammenarbeit mit der Roten Internationale ist durch einen mit großer Mehrheit angenommenen Beschluß beendet worden, über diese Frage zur Tagesordnung überzugehen.

Mit diesem Beschluß ist der Versuch der Bolschewisten, mit Hilfe der englischen Gewerkschaften die internationale Arbeiterbewegung auseinanderzupringen, gebührend abgewiesen worden. Die schwerindustrielle „Telegraphen-Union“ berichtet darüber folgendermaßen:

Der englische Gewerkschaftskongress, der gegenwärtig in Hull tagt, beschäftigte sich gestern mit der Frage der Mitbenutzung Rußlands in die internationale Gewerkschaftsbewegung. Die Erörterung dieser Frage zeigte so große Meinungsverschiedenheiten, daß mit großer Mehrheit ein Antrag zur Geschäftsordnung angenommen wurde, zum nächsten Punkt der Tagesordnung überzugehen.

Die Meinungsverschiedenheiten müssen allerdings sehr groß gewesen sein, wenn der Kongress mit großer Mehrheit einfach zur Tagesordnung überging und damit dem Bolschewistenvorstoß ein Begräbnis vierter Klasse bereite.

Verbandstag der Buchdrucker.

Hamburg, 3. September. (Eigener Drahtbericht.)

Am dritten Verhandlungstag wird zu den Anträgen auf Abänderung der Satzungen und der Bestimmungen über die Unterstützung Stellung genommen. Der zweite Vorsitzende Krauß erhebt um Ablehnung von Anträgen, die aus Grünberg i. Schl. und Rudolfsstadt stammen. Er fordert ebenso die Ablehnung der Anträge auf Durchführung der Wahlen im Verbandsrat nach dem Verhältniswahlrecht. Abzulehnen seien auch die Anträge auf Schaffung eines Industrieverbandes. In den Aussprachen wurde von den Rednern allgemein der Stellungnahme des Verbandsvorstandes zugestimmt. Betont wurde von mehreren Rednern, daß der Gedanke des Industrieverbandes gefördert werden müsse und von den Unterstützungseinrichtungen wenigstens die Invalidentätunterstützung zu erhöhen sei. Scharfe Ablehnung erfuhr die kommunistischen Anträge.

In der am Nachmittag fortgesetzten Aussprache wird besonders die Frage der Industrieverbände besprochen. Es wird u. a. die Einsetzung der kombinierten Kommission der graphischen Verbände zur Aufstellung von Richtlinien zur Vorbereitung des Industrieverbandes angeregt. Ein Berliner Antrag fordert ein regeres Zusammenarbeiten der graphischen Verbände. Gefordert wird in der Aussprache auch das Obligatorium des Verbandsorgans und dessen wöchentlich dreimaliges Erscheinen. Weiter werden Grenzstreitigkeiten mit dem I. B. Bund vorgebracht. Von verschiedenen Rednern wird wiederum die Erhöhung der Unterstützungssätze gefordert.

H. J., vom Verband der Lithographen und Steindruckere, behauptet, daß über die bisherige Tätigkeit des Graphischen Bundes fast gar nichts gesagt worden sei. Wenn man sich theoretisch für einen Zusammenschluß im Rahmen eines Industrieverbandes erkläre, solle man auch öffentlich dafür wirken.

Hauelsen, vom Buchbinderverband, betont, daß unter den gegebenen Verhältnissen mit einer Zusammenfassung nur der gelerntten Arbeiter wenig getan sei.

Grafmann von der Bundesleitung des ADGB legt die Stellungnahme des Bundesauschusses zur Frage der Industrieverbände dar. Je mehr man in den Sitzungen zur praktischen Frage komme, desto größer würden die Schwierigkeiten. Für die demnächst beginnenden Kommissionsberatungen habe der Bundesvorstand schon Vorarbeiten geleistet. Der Glaube, daß die großen Industrieverbände eine viel bessere Schlagkraft gegen das Unternehmertum hätten, fände in der Praxis bisher keine Befestigung. Selbst Anhänger des Gedankens haben sich dazu bekannt, daß es zunächst nötig sei, wieder die Berufsorganisationen aufzubauen. — Nach einem Schlusswort des Verbandsvertreeters werden zwei Kommissionen zur Durcharbeitung der Anträge eingesetzt.

Es folgt die Stellungnahme zu den Anträgen der Sparten. Hierzu berichtet Riesebeck über die Haltung des Vorstandes. Er erklärt, der Verbandsvorstand habe nie daran gedacht, bei Lohn- und Tarifverhandlungen die Sparten zu kurz kommen zu lassen, aber die Forderungen einzelner Sparten könnten natürlich nicht losgelöst vom Verbandsganzen erhoben werden. Eine sachungsgemäße Anerkennung der Sparten könne nicht in Frage kommen. — Nachdem noch ein Spartenvertreter (K. A. Hermann-Berlin) zu Wort gekommen war, wurden die Weiterverhandlungen auf Donnerstag verlagert.

Deutscher Bauergewerksbundestag.

Hamburg, 3. September. (Eigener Drahtbericht.)

Am Mittwoch begannen hier die Plenarverhandlungen des ersten Bundestages des Bauergewerksbundes. Der Vorsitzende Paepow begrüßte die Delegierten, Vertreter und Gäste der in- und ausländischen Bruderorganisationen des Bauergewerbes. Dann konstituierte sich der Bundestag. Mit der Leitung der Verhandlungen wurden Paepow, Töpfer und Silberstein betraut.

Der Bundesvorsitzende des ADGB, Leipart-Berlin, sprach dann den organisierten Bauarbeitern den Dank für die mutige Vertretung der Interessen der gesamten Arbeiterbewegung aus. Im Kampfum den Achtstundentag hätten die Bauarbeiter ganz besonderes geleistet. Leipart ging dann auf die Haltung des Unternehmertums zu den Lohn- und Arbeitsfragen ein. Diese Haltung müsse als antinational und antimilitärisch bezeichnet werden. Von dieser Einstellung dürfe die Zukunft nicht beherrschet sein, sondern nur von dem Gedanken des Fortschritts, der Zivilisation und der Kultur. Da die Kämpfe der Arbeiterschaft in dieser Richtung liegen, so könne man mutig an den Aufstieg der Arbeiterklasse glauben.

Dann gab Paepow den Bericht des Bundesvorsitzenden. Er ging zunächst auf die Tätigkeit des Bauergewerksbundes ein und hob hervor, daß sich seit der letzten Tagung in Leipzig vor zwei Jahren die Tüpfel, Glas- und Asphaltindustrie der Organisation angeschlossen haben und betonte, daß der Bauergewerksbund zwar das Bestreben habe, möglichst

alle im Bauergewerbe tätigen Berufsgruppen

in sich zu vereinigen, daß er aber nicht wünsche, aus anderen Organisationen Teile herauszureißen. Der Redner wandle sich dann der allgemeinen politischen Lage zu, um darauf die schädlichen Einflüsse der Inflation, besonders auf die sozialen Einrichtungen zu besprechen. Auf die verschiedenen Fragen des Arbeitsrechtes eingehend, hebt er hervor, wie wichtig es war, 1918 mit den Unternehmern Vereinbarungen über den Achtstundentag getroffen zu haben, die später durch eine gesetzliche Regelung sanktioniert wurden. Im letzten Winter seien bis 80 Proz. der Bauarbeiter arbeitslos gewesen und jetzt, im Juli, seien schon wieder 20 Proz. Arbeitslose vorhanden. Unter diesem Druck habe die Organisation gelitten und verlor über ein Drittel seines Mitgliederstandes. Die Einrichtungen des Bundes müßten so ausgestaltet werden, daß sie auch wieder Anziehungskraft ausüben auch für die, die nicht auf Kampf eingestellt sind. Der Bauergewerksbund müsse sämtliche Arbeiter des Bauergewerbes, der Baustoffindustrie sowie der Stein und Erde verarbeitenden Industrien in sich

vereinen. — Da der damit abgeschlossene erste Teil des Berichts sich bis kurz vor die Mittagspause hinzog, wurde der zweite Teil zunächst zurückgestellt und derassenbericht, den Kober erstattet, entgegengenommen. Den Bericht der Schriftleitung des „Grundstein“ gab Schmidt. Er legt sich u. a. für die Aufnahme von Anzeigen in das Verbandsorgan ein.

Nach der Mittagspause gab Hanke den Bericht des Bundesauschusses. Anschließend daran erstattete Bernhard den zweiten Teil des Berichts des Bundesvorstandes, der sich mit der kommunizistischen Fortschreibung der Arbeit im Baugewerbe beschäftigt. In seinem ausführlichen Referat geht er zunächst auf die Verhältnisse in Sommerland ein und die Veruche, diese Verhältnisse auf Deutschland zu übertragen.

Das besondere Verbrechen der Kommunisten

Bei der im Augenblick der schlimmsten Kämpfe die Kampffront der Gewerkschaften und das Heer der sogenannten Klassenkämpfer unorganisierten züchteten. Dann besprach der Redner die neueste Parole der Kommunisten, monach das „renovierende“ Proletariat wieder in die Gewerkschaft zurückzuführen solle, um dann zu betonen, daß ein Zusammengehen mit den sogenannten „Revolutionären“ und eine Gemeinschaft mit ihnen ausgeschlossen sei. Gemäß sollen die Arbeiterbrüder, die wieder zurückkehren wollen, nicht zurückstoßen werden, aber sie müssen sich verpflichten, mit uns den gemeinsamen Kampf gegen den natürlichen Feind der Arbeiterschaft und nicht gegen uns zu führen.

In der einleitenden Aussprache spricht als erster Redner Prof. Neutlingen, der einen Antrag begründet, daß die sozialen Verbände angehalten werden sollen, als erste Lohnforderungen zu bewilligen. Mit den Kommunisten wäre es nie soweit gekommen, wenn man ihnen nicht anfangs so viel Konzessionen gemacht hätte. Weisse-Brosch macht aus seinen Broschüren-Erfahrungen Rückschlüsse für die Wertarbeit und die Förderung der sozialen Verbände. Belling-Beipig fordert, daß für den Sozialisierungsgedanken auch materielle Opfer gebracht werden. Hüttmann-Franfurt bringt zum Ausdruck, daß man die einzelnen Fachgruppen noch ihrer Eigenart berücksichtigen müsse. — Proplow nimmt sodann im Namen des Bundesvorstandes zu den verschiedenen Anträgen Stellung. Er betont mit besonderem Nachdruck, daß der Bundesvorstand unter allen Umständen die Vertrauensfrage für sich und die „Grundstein“-Redakteure stellen werde und sich mit einer negativen Erklärung nicht zufrieden erklären würde.

Fortsetzung der Beratungen am Donnerstag.

Wirtschaft

Der deutsche Arbeitsmarkt im Juli.

Ueber den Arbeitsmarkt im Juli und Mitte August 1924 nach den statistischen Erhebungen wird im „Reichsarbeitsblatt“ folgende Gesamtübersicht veröffentlicht:

Die ungünstige Entwicklung des Arbeitsmarktes hat auch im Juli angehalten. Eine gewisse Erleichterung brachten in den meisten Gegenden die sich bei den Erntearbeiten in der Landwirtschaft bietenden Beschäftigungsmöglichkeiten.

Nach der Krankenkassenstatistik ist im Mitgliederbestand der 5419 Kassen, deren Berichte vorliegen, ein Rückgang festzustellen. Verglichen mit dem Vormonat ist er etwas stärker geworden. Die Gesamtzahl der Versicherungspflichtigen betrug bei den genannten Kassen am 1. Juli 12 292 464; sie senkte sich am 1. August auf 12 077 762, d. h. um 214 702 oder 1,7 Proz. (im Vormonat 1,9 Proz.).

Die Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften ergibt für den Juli eine weitere gleichmäßige anhaltende Verschlechterung. In den 37 berichtenden Verbänden wurden unter 3,4 Mill. durch die Erhebung erfassten Mitgliedern 427 683 oder 12,5 Proz. als arbeitslos gezählt (im Vormonat 10,5 Proz.).

Die Kurzarbeitsstatistik zeigt eine sehr starke Zunahme der Fälle von Arbeitszeitverkürzungen; Ende Juli arbeiteten 2,65 Mill. Mitgliedern in 33 berichtenden Verbänden 830 844 oder 28,2 Proz. mit verkürzter Arbeitszeit (im Vormonat 19,4 Proz.). (Demnach sind von je 5 Erwerbstätigen, die die Statistik erfasst, 2 arbeitslos oder auf Kurzarbeit angewiesen. — Red. d. „Vorwärts“.) Auch dem durchschnittlichen Maße des wöchentlichen Arbeitsstundenausfalles nach ist einer Verschärfung der Notlage eingetreten.

Die Anonymstudien der Erwerbslosenfürsorge hat im unbedeutenden Deutschland eine weitere Zunahme erfahren. Vom 15. Juli bis zum 1. August stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 277 237 auf 328 111 oder um 18 Proz., bis zum 15. August erhöhte sich die Anzahl weiter um 9 Proz. auf 355 848 unterstützte Erwerbslose.

Nach der Monatsstatistik der Arbeitsnachweise zeigt die Arbeitsmarktlage wie im Vormonat eine Verschlechterung. Da sich aber vielfach bei den Erntearbeiten Beschäftigungsmöglichkeiten bot, blieb die Verschlechterung dem Umfang nach wesentlich geringer als im Vormonat. Die Zahl der offenen Stellen sank um 2,6 Proz. (im Vormonat 2,4 Proz.) zurück, während die Zahl der Arbeitsgesuche um 7,8 Proz. (im Vormonat 7,5 Proz.) stieg. Die Zahl der Stellenbefragungen wurde um 7,2 Proz. (im Vormonat 2,4 Proz.) niedriger. Die Gesamtandrangsziffer belief sich auf 3,4 (im Vormonat 2,88). Nach dem Geschlecht getrennt ergeben sich bei den Männern 4,25 (im Vormonat 3,59), bei den Frauen 2,07 (im Vormonat 1,71) Arbeitsgesuche auf je 100 offene Stellen. Von je 100 Arbeitslosen konnten im Gesamtdurchschnitt nur 23,7 (gegen 27,5 im Vormonat) vermittelt werden, während die Ziffer der von je 100 anbotenen durch Vermittlung der Nachweise besetzten Stellen auf 81,4 (im Vormonat 79,4) stieg.

Die Ergebnisse der Stichprobenerhebung vom 14. August bei den 732 wichtigsten Arbeitsnachweisen lassen ein gleichmäßiges Ansteigen der Zahl der am Schluß des Stichtages verfügbaren Arbeitsuchenden und ein ebenso gleichmäßiges Sinken der offenen Stellen erkennen.

Konjunkturberichte der Handelskammern.

Ueber Handel und Gewerbe im August teilt das preußische Handelsministerium auf Grund der von den Handelskammern erstatteten Berichte u. a. mit:

Die Wirtschaft des Monats August stand ganz unter dem Einfluß der Londoner Konferenz und der Verhandlungen des Reichstags über die Annahme des Londoner Abkommens. Infolgedessen herrschte überall größte Zurückhaltung, die, verbunden mit der außerordentlich starken Kreditnot, eine Besetzung der tief daniederliegenden Wirtschaft noch nicht aufkommen ließ. An der Börse überwiegen die Uebereignungen, daß trotz aller schweren Lasten des Londoner Abkommens keine Annahme doch den Weg für einen allmählichen Aufstieg wieder freimache. Die deutschen Effekten, insbesondere die Kriegsanleihe, stiegen nicht unerheblich.

Aus den Berichten über die einzelnen Gewerbegebiete ist hervorzuheben: Im Ruhrkohlenbergbau herrscht Abgangmangel. Auch im ober-schlesischen Kohlenbergbau, wo ebenso wie an der Ruhr Feierschichten eingeleitet wurden, war der Absatz flau. Das gleiche gilt für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Im Siegener Eisenerzbergbau arbeiten nur noch wenige Gruben, und zwar in eingeschränktem Betrieb.

Auffallend ist die anhaltende Besserung der Lage der Rastindustrie. Hier ist der Absatz gegenüber den Verladungen im Juli weiter gestiegen, so daß er ungefähr $\frac{1}{2}$ des Normaljahres erreichte. Der Auslandsabsatz, der bei einem großen Wert z. B. 60 v. H. des Gesamtabsatzes ausmachte, wurde verschiedentlich durch Frankreichs Schwierigkeiten auf dem Wasserwege behindert, da bei dem geringen Kohlenverstand aus Westfalen kein genügender Vorrat für die Rückfahrt zur Verfügung stand. Die Gründe für die Besserung dürften in folgendem zu suchen sein:

1. Preiserhöhung der landwirtschaftlichen Produkte.

2. Uebereinkommen zwischen der deutschen und der russischen Rastindustrie hinsichtlich des amerikanischen Absatzes.

3. Eröffnung eines größeren Kredites für das Rastindulst von Seiten Amerikas für erst später auszuführende Lieferungen.

Die Verkaufspreise liegen infolge der russischen Konkurrenz erheblich unter den Vorkriegspreisen.

Die Schweiß- und die Kleineisenindustrie liegt über unermindert schlechten Geschäftsgang, wenn auch in der letzten Anzeichen einer Besserung zu spüren sind.

Im Lokomotivbau ist die Lage nach wie vor sehr schlecht. In Eisen und Eisenwaren ist die Geschäftslage noch ungünstiger geworden. Die Nachfrage auf dem Schrotmarkt war sehr gering. Die Besserung in der Lage des Metallmarktes konnte nur geringe Fortschritte machen, die sich im Rahmen der Weltmarktpreise hielten. Besonders war in Sinn eine feste Tendenz zu verzeichnen. Auch in Rüssel wurde gegen Ende des Monats von den Produzenten eine Erhöhung um 15 Pfennig vorgenommen. In landwirtschaftlichen Maschinen trat eine Besserung des Geschäftsganges ein. In der elektrotechnischen Industrie hält die sehr ernste Absatzkrise weiter an.

Die chemische Industrie des Bestens leidet immer noch unter der Verteuerung ihrer Produktionskosten durch Aluminium, Zinkoxyd und die sehr hohen Steuern, so daß das Verkaufsgeschäft nach wie vor zu wünschen übrig läßt. Der Inlandmarkt ist infolge der allgemeinen Geldnot nicht aufnahmefähig, während die deutschen Erzeugnisse im Ausland gegenüber der fremden Konkurrenz infolge der starken Vorbereitungen einen schweren Stand haben. In der chemischen Industrie Mitteldeutschlands ist noch eine weitere Verschlechterung eingetreten. Das gilt besonders für die Farbindustrie, wo der Auslandsabsatz infolge der Einfuhrerhöhungen Japans einen Rückgang erlitten hat. Die Düngemittelproduktion nimmt normalen Verlauf, der Absatz in der Fabrikation wird schwieriger. Guten Geschäftsgang hatte lediglich die Aluminiumherstellung. In der chemischen Präparatindustrie steht man vor neuen Betriebsänderungen.

In der Sägewaldindustrie und im Holzhandel ist durch den Eisenstreik, der in der West-, in Pommern, in Niederschlesien und in Ostpreußen große Waldflächen befallen hat, eine starke Unsicherheit eingetreten, da noch nicht feststeht, inwieweit von den befallenen Flächen zum Abheben kommen müssen. Die Marktlage hat sich in Ostpreußen etwas belebt, nur am Bauholzmarkt herrscht völlige Stille. Die Preise sind im Steigen begriffen. Schlecht ist die Lage in der Leinwandindustrie, in der Papierindustrie, im Buchdruckgewerbe und in der Kaufmannsindustrie.

Im Bekleidungsgebiete war die Lage etwas günstiger. In der Woll- und Tuchindustrie verzeichnete man ebenso wie in der Baumwollindustrie und in der Leinwanderei eine Besserung, die die Seidenindustrie nicht mitgemacht hat.

In der Konfektionsindustrie ist die Stagnation einer allgemeinen Besserung gewichen. Die Preise werden als unbefriedigend bezeichnet mit Rücksicht darauf, daß die Textilrohstoffe bereits wieder eine steigende Tendenz auf dem Weltmarkt aufweisen. Auf den Auktionen für Häute und Felle haben die Preissteigerungen weitere Fortschritte gemacht. Es zeigt sich deutlich, daß die Industrie nicht über bedeutende Rohvorräte verfügt und daher gezwungen ist, größere Einkäufe vorzunehmen. Die Preissteigerungen gehen bis zu 40 Proz. Im Lederhandel trat die vergrößerte Nachfrage erst gegen Ende des Monats hervor; es erfolgten große Abschlüsse zu erhöhten Preisen. Besonders beachtet sind starke Sohlleder, die nicht genügend vorhanden sind. Auf dem Schuhmarkt haben sich die Verhältnisse noch nicht wesentlich gebessert. Viele Betriebe, namentlich in Birmans, arbeiten nur 24 Stunden in der Woche. Viele tausende Arbeiter sind brotlos. Der Absatz erstreckt sich hauptsächlich auf billiges Bedarfs Schuhwerk.

Die Nachfrage nach Margarine war im Berichtsmontat lebhafter als im Vormonat. Die größeren Fabriken haben sich seit einiger Zeit mehr dem Verkauf der feinsten Marken in Vorkriegsqualität zugewendet, was natürlich von Erfolg begleitet ist, da die Kundenschaft sich allmählich wieder mehr nach der Qualität und weniger nach dem Preise bei dem Einkauf von Margarine richtet. Es wurde daher in besserer Ware verhältnismäßig mehr umgesetzt als in billiger Ware. Ausländische Margarine kommt nur noch in geringem Maße nach Deutschland herein. Sowohl an der dänischen Grenze wie auch im befestigten Gebiet ist ein Rückgang im Absatz von dänischer und holländischer Margarine festzustellen. (Berl. Köln, Altona.)

Die sehr feste Tendenz des Zuckermarktes hielt auch zu Beginn des Berichtsmontats an. Die Preise besserten sich von Tag zu Tag und erreichten am 8. August mit 27 Goldmark ihren höchsten Stand. Infolge der Einfuhr von Auslandszucker gingen die Preise jedoch allmählich zurück, auch ließ der Umsatz erheblich nach. Nachdem die Preise nunmehr auf Weltmarktparität herabgegangen sind, hat sich das Geschäft in den letzten Tagen wieder etwas lebhafter gestaltet.

In der Tabakindustrie ist keine Veränderung in der Lage eingetreten; zwar wird vereinzelt eine etwas rohere Nachfrage gemeldet, jedoch kam von einer Wiederbelebung des Geschäftes vorläufig keine Rede sein.

Gas, Wasser, Elektrizität.

F. K. Magdeburg, 3. September.

Neben den Städten, die jetzt durch große Messen die Besetzung der Industrie und des Handels fördern, machen sich andere daran, durch Spezialausstellungen gewisse Einzelgebiete industrieller Produktion durch Ausstellungen populär zu machen. Sie suchen dadurch nicht nur die Interessen ihres engeren Bezirkes zu fördern, sondern geben auch Vergleichsmöglichkeiten und durch sie eine Steigerung des Eifers im allgemeinen Wettbewerb. Zu diesen Städten gehört neuerdings Magdeburg, das seit es im Jahre 1922 mit der Wima einen beachtlichen Anfang gemacht hatte, auf dem damals

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupe, lose ..	16,30—17,50	Röstgetreide, lose ..	16,30—17,00
Gerstengrütze, lose ..	16,00—17,00	Kakao, fettarm ..	65,00—75,00
Haferflocken, lose ..	18,00—20,00	Kakao, leicht entölt ..	80,00—100,00
Hafergrütze, lose ..	19,00—21,00	Tee, Souchon, gepackt ..	320,00—400,00
Roggenmehl 0/1 ..	14,10—15,30	Tee, indischer, gepackt ..	400,00—470,00
Weizenmehl ..	10,90—20,50	Inlandszucker basis mel ..	37,50—38,50
Hafermehl ..	23,00—25,50	Inlandszucker Raffinade ..	39,00—41,00
70% Weizenmehl ..	17,00—18,25	Zucker Würfel ..	44,00—47,50
Weizen-Aussugmehl ..	19,00—24,20	Kunsthonig ..	30,50—38,00
Speiseerbsen, Viktorias ..	17,50—22,00	Zuckersirup hell in Elm ..	40,00—45,00
Speiseerbsen, kleine ..	12,00—16,00	Speiseerup dunk. in Elm ..	27,00—31,00
Bohnen, weiße, I-erz ..	20,00—24,00	Marmelade Einf. Erb. ..	90,00—95,00
Langbohnen, handverles. ..	27,00—30,50	Marmelade Vierfrucht ..	33,00—40,00
Linsen, kleine ..	20,00—29,50	Pflaumenmus in Eisern ..	30,00—36,00
Linsen, mittel ..	31,00—37,50	Steinsalz, lose ..	3,10—3,70
Linsen, große ..	39,00—46,00	Siedesalz, lose ..	4,00—4,70
Kartoffelmehl ..	18,75—20,50	Bratenschmalz in Kisten ..	84,00—84,50
Makkaroni ..	37,50—43,00	Bratenschmalz in Kisten ..	85,00—86,00
Makkaroni, extra ..	38,50—44,00	Purelard in Tierces ..	81,00—82,00
Schmalz, lose ..	22,00—22,50	Purelard in Kisten ..	81,50—82,50
Bruchreis ..	15,50—16,50	Speisestärke in Packung ..	62,—
Raisins ohne Reis ..	18,00—18,50	Speisestärke in Kisten ..	62,—
Tafelreis, glasier., Patna ..	22,25—31,00	Margarine, Handelsm. I ..	66,50—
Tafelreis, Java ..	30,00—37,00	desgl. II ..	66,00—63,00
Rizinpfl., amerik. ..	85,00—92,00	Margarine, Spezialm. I ..	80,00—84,00
Getr. Pflaumen 90/100 ..	40,00—43,00	desgl. II ..	69,00—71,00
Pflaumen, entsteint ..	50,00—55,00	Margarine III ..	196,00—201,00
Cal. Pflaumen 40/50 ..	60,00—	Molkereibutter I, Fässern ..	200,00—208,00
Rosinen in Kisten, Candis ..	65,00—73,00	Molkereibutter in Pack. 20/20 ..	200,00—206,00
Sultaninen Caraburnu ..	80,00—90,00	Landbutter ..	—
Korinthinen, choice ..	70,00—75,00	Auslandbutter in Fässern ..	202,00—208,00
Mandeln, süße Bari ..	175,00—180,00	Corned beef 12 1/2 lbs p. K. ..	34,75—37,50
Mandeln, bittere Bari ..	155,00—160,00	Aust. Speck, geräuchert ..	90,00—91,00
Zimt (Cassia) ..	106,00—115,00	Quadratkäse ..	30,00—45,00
Kümmel, holländischer ..	55,00—65,00	Tilsiter Käse, vollfett ..	100,00—120,00
Schwarzer Pfeffer Singap. ..	165,00—113,00	Bayr. Emmenthaier ..	105,00—120,00
Weißer Pfeffer ..	150,00—155,00	E. iter Emmenthaier ..	110,00—135,00
Rohkaffee Brasil ..	185,00—215,00	Aust. ungezuck. Condens. ..	—
Rohkaffee Zentralamerika ..	220,00—235,00	milch 48/16 ..	21,00—23,25
Rohkaffee Brasil ..	230,00—280,00	indische desgl. 48/12 ..	16,50—17,50
Rohkaffee Zentralam. ..	300,00—375,00	ind. gez. Condensm. 48/14 ..	26,00—28,50

geschaffenen Ausstellungsgelände seither bereits mehrere Spezialausstellungen veranstaltet hat. Gegenwärtig findet dort eine Ausstellung unter dem Sammeltitel „Gas, Wasser, Elektrizität“ statt, die in ihrer Beschränkung auf die drei Kraftquellen tatsächlich eine außerordentliche Vielseitigkeit aufweist. Das Bestreben ist, nicht nur die Eigenarten der Produktion aufzuzeigen, sondern auch die mannigfache Verwendungsfähigkeit besonders von Steinkohlengas und elektrischem Strom. Die Ausstellung ist von allen namhaften Firmen, die auf diesem Gebiet arbeiten, reichlich besetzt. Gasboiler und Kochöfen stehen neben Gasthülfskränken, Modelle von großen Wasserwerken neben Hauswasseranlagen, zur fertigen Montierung bereitstehend. Einen sehr lehrreichen Ueberblick gewinnt man über die elektrische Kraftversorgung durch die Großkraftwerke, deren Netz heute sich über ganz Deutschland spannt. Die Vielseitigkeit der Verwendung von Elektrizität in der Industrie wie im Haushalt wird durch die Fülle der Einzelausstellungen vor Augen geführt. Neben dieser Spezialausstellung Gas Wasser, Elektrizität wird in den nächsten Tagen auf dem gleichen Gelände eine Mitteldeutsche Textilmesse eröffnet werden, deren Vorbereitungen schon sehr weit gediehen sind.

Eine Mahnung für die Genossenschaftler.

Die Großhandelsfabrikanten in Riesa-Gröba und Lauenburg (Elbe) wegen Mangels an Absatz stillgelegt; zuvor wurde schon einige Monate lang gearbeitet. Selbst die durch die Kurzarbeit stark abgedrosselte Produktion konnte bei den Konsumvereinen nicht mehr umgesetzt werden. Die Unmöglichkeit, ins besetzte Gebiet zu liefern, machte sich bei diesem Produktionszweig besonders erschwerend geltend. Die gesamte Zündholzindustrie befindet sich in einer schweren Krise, die verschiedene Ursachen hat. Neben der allgemeinen Wirtschaftskrise sind es auch Veränderungen in der Organisation der Fabrikanten und ferner Beschränkungen bei einer Anzahl Werke, die den seit Monaten bestehenden schlechten Stand der Industrie noch verschlimmern. Die Unternnehmer waren bis vor wenigen Jahren fast vollständig im Verein deutscher Zündholzfabrikanten zusammengeschlossen. Die Lage der Industrie war nach Inkrafttreten des ersten Zündwarensteuergesetzes, am 1. Oktober 1909, eine sehr schlechte. Die Bestrebungen nach gesetzlichem Schutz hatten bei der damaligen Reichsregierung Erfolg. Es kam die Kontingentierung der Fabriken, und unter dem Kontingentschutz konnten neue Betriebe nicht entstehen. Die materielle Lage der Fabrikanten verbesserte sich allmählich, und der Weltkrieg brachte ihnen weitere große Vorteile. Die Großhandelsfabrikanten konnten in ihrer Lauenburger Fabrik nur einen kleinen Bruchteil ihres Bedarfs herstellen. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, lag der Gedanke des weiteren Ausbaues der genossenschaftlichen Eigenproduktion sehr nahe. Mit Ablauf des ersten Zündwarensteuergesetzes, am 30. September 1919, fiel die Kontingentierung. Auch der Beschluß der Nationalversammlung in Weimar, monach bis 1. April 1921 ein deutsches Zündholzmonopol in Kraft treten sollte, wurde wieder aufgehoben. Durch die Verlegung des Gröbaer Textil- und Kolonialwarenlagers der Großhandelsfabrikanten nach Chemnitz wurde ein Gelände frei, das für die Errichtung einer Zündholzfabrik wie geschaffen war. Entsprechende Anträge der Geschäftsteilung der Großhandelsfabrikanten wurden allseitig begrüßt und ausgeführt. Die Inbetriebnahme des neuen Werkes erfolgte im letzten Quartal des Vorjahres. Die volle Leistungsfähigkeit derselben beläuft sich auf über 7000 Kisten per Jahr, so daß die Großhandelsfabrikanten heute in ihren beiden Werken über 10 000 Kisten à 1000 Pakete herstellen kann. Sie ist in der Lage, damit den größten Teil des Bedarfs zu befriedigen.

Leider fiel die Eröffnung des Gröbaer Betriebs in eine Zeit, in der durch die Stabilisierung der Währung besondere Abblauschwierigkeiten eintraten. Dazu kam, daß die Verhältnisse in der Zündholzindustrie sich stark veränderten. Von der deutschen Zündholzproduktion, die zwischen 150 000 bis 200 000 Kisten schwankt, beherrscht ein neuer Trup mit seinen 16 bis 18 Werken etwa 40 Proz. Die Zahl der Betriebe in Deutschland hat sich in den letzten Jahren vermehrt, und die meisten bestehenden Fabriken haben ihre Anlagen stark ausgebaut und vergrößert. Der Verbrauch selbst ist jedoch zurückgegangen. In der letzten Zeit ist noch die Einfuhr von Auslandszucker zugegeben worden. Die ganzen Verhältnisse führten zu einer starken Ueberproduktion mit all ihren üblen Begleiterscheinungen. Die Zündholzfabrikanten der Großhandelsfabrikanten haben im ersten Halbjahr mit Verlust gearbeitet, obwohl durchaus nicht den Scheiternofferten der Konkurrenz nachgegeben wurde. Durch den geringen Absatz in den letzten Monaten häuften sich die Vorräte in einer Weise, daß fremde Vorräume zur Unterbringung der Bestände gemietet werden mußten. Die Weiterführung der Betriebe war unter diesen Umständen ganz unmöglich.

Mit Rücksicht auf die Gefahr der vollen Vertrauens der Industrie hätten die Konsumvereine alle Ursache, ihre eigenen Fabriken lebensfähig zu erhalten. Die Großhandelsfabrikanten rechnen nicht damit, aus ihren Zündholzfabriken irgendwelche Gewinne zu erzielen, solange die Interessenkämpfe dauern; sie glauben aber billigerweise verlangen zu können, daß ihr die Konsumvereine die Selbstkosten bewilligen. Wenn dieser Zweig unserer genossenschaftlichen Eigenproduktion die gegenwärtige schwere Zeit überleben soll, so ist eine volle Unterstützung seitens der Genossenschaften erforderlich. Der gegenwärtige Kampf der Interessenten kann nicht ewig dauern, und die Sieger werden ihre jetzigen Verluste wieder einbringen wollen. Wenn dann ein pretoregulierender Faktor vorhanden ist, wird das sehr gut sein.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Mittwoch, den 3. September.

1. Rennen. 1. Arche (N. Vahlefeld), 2. Bismarck (Ed. Wils), 3. Vellon (H. Triphan). Toto: 119; 10. Platz: 56, 19, 30; 10. Ferner liefen: Delta, Germania B., Amazonia, Jilene, Widel Angelo, Jähr, Kalon jr., Tell, Cobra.
2. Rennen. 1. Eulogie (Herm. Schluener), 2. Dawson Waffel (R. Wils), 3. Wanie (H. Wils). Toto: 25; 10. Platz: 12, 12; 10. Ferner liefen: Flora, Großfähr, Wils-Lochter, Carl Alexander, Dilemma, Baron Ruffaga.
3. Rennen. 1. Frankenstein (H. Ringius), 2. Wargol I (Hermann Schluener), 3. Ringel (Ed. Wils). Toto: 22; 10. Platz: 11, 17, 12; 10. Ferner liefen: Homer, Gadia, Hymnith, Jahnke J., Doris W.
4. Rennen. 1. Diagonale (E. Wils), 2. Primus (C. Ringius), 3. Wils H. (Ed. Wils). Toto: 32; 10. Platz: 15, 18; 10. Ferner liefen: Bedevor, Hecker.
5. Rennen. 1. Roter (Herm. Schluener), 2. Wankel (Andenadel jr.), 3. Gudrum II (Ed. Wils). Toto: 99; 10. Platz: 22, 14, 23; 10. Ferner liefen: Albatros, Peter I, Monarchist, Long Wils, Schöp, Hilmund, Agoroth A., Wilsa.
6. Rennen. 1. Breitels Erden. 1. Wilsa (Ed. Wils), 2. Wilsa (Koyal), 3. Wankel (Andenadel jr.). Toto: 16; 10. Platz: 12, 16, 48; 10. Ferner liefen: Peter I, Gudrum II, Agoroth A., Roter, Schöp.
7. Rennen. 1. Umkehrung. 1. Wilsa (Ed. Wils), 2. Wankel (Andenadel jr.), 3. Agoroth A. (H. Bauer). Toto: 14; 10. Platz: 11, 33; 10. Ferner liefen: Schlops, Roter, Peter I.
8. Rennen. 1. Wilsa (Ed. Wils), 2. Wankel (Andenadel jr.), 3. Agoroth A. (H. Bauer). Toto: 42; 10. Platz: 17, 17, 13; 10. Ferner liefen: Kalon jr., Flora, Wilsen, Gudrum I, Ring, Wilsen, Wilsen, Wilsen, True Fox als erster bis 80 Proz. Sieg und Platz zurück.
9. Rennen. 1. Wankel (Andenadel jr.), 2. Wankel (Andenadel jr.), 3. Wankel (Ed. Wils). Toto: 20; 10. Platz: 10, 12, 11; 10. Ferner liefen: Beralka, Leuchturm, Girant, Stofa Korbes.
10. Rennen. 1. Wankel (Andenadel jr.), 2. Wankel (Ed. Wils), 3. Wankel (Ed. Wils). Toto: 18; 10. Platz: 13, 14, 21; 10. Ferner liefen: Eimerwille, Heidecke, Heidecke, Wankel, Coriolanus, Wankel, Wils Grejor, Baron Wils, Wils I.

Weiter für Berlin und Umgebung. Langsam aufsteigend und dabei etwas höhere Temperatur, lebhafte östliche Winde, neuwertige Niederschläge nach mehr zu erwarten.